



**Zeitschrift für
Feminismus
und Arbeit
August/September 2002
20 Jg.
ISSN 0949-0000**

Gender Mainstreaming Sieg oder Ende der Mädchen- und Frauen- politik?

**Anita Heiliger: Gendermainstreaming: Große Hoffnungen und berechtigte
Ängste**

- **Marietta Schneider: Auf dass uns der Gender-Komet nicht auf den
Kopf falle**
 - **Bundestagswahl 2002: Wahlprüfsteine**
- **Maria Mies: Von der Lizenz zum Plündern zu der Lizenz zum Töten**
 - **Siegrid Metz-Göckel: PISA über Mädchen**
 - **Protest gegen Streichung der Mittel für Kofra**

Inhalt

Schwerpunkt	4
<hr/>	
Gendermainstreaming: Große Hoffnungen – berechnigte Ängste (Anita Heiliger)	4
Auf daß uns der Gender-Komet nicht auf den Kopf falle (Marietta Schneider)	8
Gendermainstreaming – Rückenwind für die Mädchenarbeit Presseerklärung der LAG Mädchenarbeit in NRW	13
Themen	14
<hr/>	
<u>Bundestagswahl 2002:</u>	
1. Lesbische Wahlprüfsteine	14
2. Allgemeine frauenpolitische Wahlprüfsteine	17
<u>Von der Lizenz zum Plündern zur Lizenz zum Töten</u>	
Der Zusammenhang zwischen globalem Freihandel und Krieg (Maria Mies)	19
<u>PISA-Studie: Fortschritte und Stagnation für Mädchen</u> (Sigrid Metz-Göckel)	22
<u>Stellungnahme des Kofra zur geplanten kompletten Streichung der städtischen Zuschüsse ab 2004</u>	22
Nachrichten	24
<hr/>	
Nigerianische Frauen besetzen Ölbohrurm und Ölfirma erfüllt ihre Forderungen, Gender Campus Switzerland, Arbeiterinnen verdienten 2001 26% weniger als Arbeiter, Mädchen lernen Gewalt in der Schule, Gründerinnen langsam im Kommen, noch mehr Mädchen in IT-Berufe, Frauen in technischen Berufen benachteiligt, Onlinedatenbank: Frauenrechte weltweit	
Literatur	28
<hr/>	
Mädchenarbeit im Gendermainstream Europaweiter Bericht: „Frauen und Wissenschaft“	
Termine	29
<hr/>	
Implementation of Gendermainstreaming in Europe –A Challenge for Political Education, Geschlechterkonstruktionen in Ost und West, Geschlecht bewußt gemacht. Seminar zur Konstruktion und Dekonstruktion von Geschlecht, Kongreß: Gleichberechtigung, Verfassung und Verfassungswirklichkeit in Deutschland	
<hr/>	
Impressum:	
Herausgeberin: Kommunikationszentrum für Frauen zur Arbeits- und Lebenssituation e.V. Baaderstr. 30, 80469 München, Tel: 089/2010450, e-mail: kofra-muenchen@t-online.de Jahresabonnement: 6 Ausgaben in ca. 2-monatiger Folge zum Preis von € 18.60 plus Porto. Einzelheft: € 3.20, Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft, Konto: 7805500, BLZ 70020500	

Gendermainstreaming: Große Hoffnungen – berechtigte Ängste

- Anita Heiliger-

Große Hoffnungen

Die Beharrungstendenzen in der asymmetrischen Geschlechterverteilung und die Analyse des „institutional lag“ (Oechle/Geissler 1998) haben die Idee des Gendermainstreaming geboren in der Erkenntnis, daß die bisherigen Instrumente der Frauenförderung geschlechtertraditionelle Denkstrukturen und Verhaltensweisen in vielen Bereichen nicht oder viel zu langsam aufweichen konnten (vgl. Stiegler 2000, Brommer 2002).

Die infolge der Diskussionen auf der 4. Weltfrauenkonferenz 1995 in Beijing - umgesetzt in den Amsterdamer Vertrag von 1997 und in den Kabinettsbeschuß der Bundesregierung vom Juni 1999 - nun geltende staatliche Verordnung, immer Geschlechterkategorien mit zu denken und im fachlichen Handeln bewußt zu machen, welche unterschiedlichen Voraussetzungen die beiden Geschlechter mitbringen, wie die jeweiligen Maßnahmen sich auf Frauen und Männer auswirken und wie darauf im Sinne der Umsetzung von Gleichberechtigung zu reagieren ist, wurde allseits mit großer Hoffnung und Begeisterung aufgenommen.

„Gendermainstreaming bezeichnet den Prozeß und die Vorgehensweise, die Geschlechterperspektive in die Gesamtpolitik aufzunehmen. Dies bedeutet, die Entwicklung, Organisation und Evaluierung von politischen Entscheidungsprozessen und Maßnahmen so zu betreiben, daß in jedem Politikbereich und auf allen Ebenen die Ausgangsbedingungen und Auswirkungen auf die Geschlechter berücksichtigt werden, um auf das Ziel einer tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern hinwirken zu können. Dieser Prozeß soll Bestandteil des normalen Handlungsmusters aller Ressorts und Organisationen

werden, die an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt sind.“ (www.bmfsfj.de).

Besonders betont wird in dem Papier des Bundesministeriums die sogenannte „Doppelstrategie“: Das Zusammenwirken von spezifischer Mädchen- und Frauenpolitik mit dem Gendermainstreaming als zwei unterschiedliche Strategien zur Erreichung der Gleichstellung der Geschlechter.

Bekräftigend heißt es weiter: „Beide Strategien sind zur Zielerreichung notwendig und ergänzen sich gegenseitig; sie können sich nicht ersetzen“ (ebd.). Mädchen- und Frauenförderung bezieht sich auf spezifische Maßnahmen, während Gendermainstreaming bei allen politischen Entscheidungen ansetzt (vgl. ebd.) und „bei allen politischen, normgebenden und verwaltenden Maßnahmen der Bundesregierung zu beachten“ ist (Schweikert 2002).

Als europäische Richtlinie verpflichtet Gendermainstreaming die europäischen Staaten zur Befähigung, mit diesem neuen Instrument umzugehen. Die Prozesse der Schulungen sowie die ersten Umsetzungsschritte und Projekte sind in vollem Gange (vgl. Stiegler 2000, Schweikert 2001, 2002, Blickhäuser 2001). Begleitet von einer interministeriellen Steuerungsgruppe „(hat sich) jedes Ressort verpflichtet, seine Beschäftigten so fortzubilden, daß sie Gendermainstreaming in ihrem Fachbereich berücksichtigen können“ (Schweikert 2002).

Das Ganze hört sich nach großem Aufbruch und grundlegendem Ansatz an der Struktur politischen Denkens und Handelns in bezug auf die Geschlechterfrage an und begründet daher die bisher zu verzeichnende große positive Resonanz oder zumindest zurückhaltendes Abwarten.

Gefahr 1: Aushebelung von Frauenförderung?

In Anbetracht der Prozeßhaftigkeit der begonnenen Entwicklung scheint allerdings der Begriff des Gendermainstreaming oft zu rasch sukzessive in alle Papiere und Verlautbarungen integriert zu werden. Angesichts der Analyse der „Beharrungstendenzen“ kann die unmittelbare Übernahme des Konzeptes kaum davon überzeugen, daß der gewünschte Umdenkungsprozeß bereits vollzogen wurde. Mit der Leitlinie des Gendermainstreaming soll ja erst das Bewußtsein der geschlechtsbezogenen Verhaltensweisen entstehen, um das professionelle Handeln langfristig umzubauen. Da wird der Begriff bereits gelegentlich mit der Absicht verwendet, geschlechtsspezifische und im besonderen geschlechtshomogene Arbeit für überflüssig oder veraltet zu erklären und Frauen- sowie Mädchenförderung auszuhebeln (vgl. Bitzan/Daigler 2001, Weber 2001, Jantz 2002).

In einer Stadt der Bundesrepublik (Stuttgart) wurde bereits das Frauenbüro aufgelöst – unter Berufung auf das Konzept des Gendermainstreaming und deklariert als Fortentwicklung der Frauenförderung – und ein sogenanntes Genderbüro gegründet mit der unspezifischen Formulierung: „Stabsstelle für individuelle Chancengleichheit“ (vgl. Beschlußvorlage der LH Stuttgart v. 12.7.2001).

Dies ist eine Entwicklung, die auf die Gefahren des Gendermainstreaming-Konzeptes aufmerksam macht: Da, wo der Ansatz geschlechts- resp. frauenspezifischer Förderung möglicherweise bereits vorher auf Widerstand gestoßen war, kann das Konzept des Gendermainstreaming zur Entledigung mißliebiger politischer Praktiken benutzt /mißbraucht werden. Die Stellungnahme der Stuttgarter Gleichstellungsstelle zur Beschlußvorlage, in der sie auf die Doppelstrategie verweist, wurde mit der lapidaren Begründung nicht berücksichtigt, daß

„a. das Ziel der individuellen Chancengleichheit nicht mitgetragen wird,

- b. frauenpolitische Initiativen von den Aufgabenfeldern .. des Beschlußantrages umfaßt werden,
- c. der Begriff des Gendermainstreaming von der Gleichstellungsstelle anders interpretiert wird,
- d. die organisatorischen Auswirkungen der Neustrukturierung noch zu klären sind“ (ebd. S.5).

Dieses Vorgehen ist ein Beispiel kompletter Aushebelung der bisherigen Frauenförderungsstruktur mit dem Machtakt des „Malestreams“ (Drogand-Strud 2002), der Macht einer willkürlichen Definition von Gendermainstreaming, die sich von den politischen Vorgaben abkoppelt. Wie groß die Gefahr beliebiger Wiederholungen entsprechender Praxen ist, zeigt das Fehlen jeglicher Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten von der Bundesebene in die Länderebenen hinein¹.

Gefahr 2: Beendigung von Mädchenförderung?

Im Bereich der Mädchenförderung gibt es ähnliche Tendenzen. Für Mädchenförderung gäbe es angesichts des großen Fortschritts, der auf Seiten von Mädchen und jungen Frauen zu verzeichnen wäre, keinen Bedarf mehr, ist mittlerweile zu hören (vgl. Meyer/Seidenspinner 1999, Meyer 1999). In den ab dem 1.1.2001 in Kraft getretenen Richtlinien zum Kinder- und Jugendplan (KJP) des Bundes ist bereits das bisherige Mädchenprogramm durch Formulierungen ersetzt worden, die sich gleichermaßen auf Mädchen und Jungen beziehen, ohne die bestehende geschlechtsspezifische Asymmetrie zu berücksichtigen (vgl. Struck 2001). Norbert Struck vom Paritätischen Wohlfahrtsverband kommentiert diese Entscheidung folgendermaßen: „noch bevor sich irgendein Ertrag des Gendermainstreaming in Bezug auf Umschichtungen und Umorientierungen in den anderen Programmen

¹ Dies teilte Frau Unger-Soyka, Leiterin der Interministeriellen Steuerungsgruppe auf einer Podiumsdiskussion des Symposiums des Deutschen Jugendinstitutes am 22.4.2002 in Berlin mit.

zugunsten von geschlechtsspezifischen und mädchenbezogenen Projekten und Infrastrukturen zeigen, werden schon mal die Mittel des Mädchenprogramms 'gegendert', also den Mädchenprojekten zum Teil entzogen und Jungenprojekten zugewiesen. Gendermainstreaming als Abbau von mädchenpolitischen Ressourcen im KJP!" (ebd. S. 44, vgl. Enggruber 2001, S. 42).

Selbst die Sachverständigenkommission des 11. Kinder- und Jugendberichtes (Berlin 2002) äußert angesichts beobachteter Praxen Skepsis, ob das Konzept des Gendermainstreaming erfolgreich umgesetzt wird: „In Förderplänen der Kinder- und Jugendhilfe läßt sich bis dato jedenfalls eine Praxis beobachten, die durch den schlichten Bearbeitungsmodus suche 'Mädchen' und ersetze durch 'Mädchen und Jungen' sich des Problems eher zu entledigen als dieses zu bewältigen versucht“ (ebd. S. 113).

Im Zuge kommunaler Verwaltungsreformen wurde bereits der Durchsetzung des Gender-Mainstreaming als fachlicher Haltung vorgegriffen. Der Begriff Mädchen bzw. Frauen wurde z.B. in München bereits aus den Kategorien der Zuordnungen von Projekten und Arbeitsansätzen eliminiert, so daß eine ausgewiesene Mädchen- bzw. Frauenförderung nun als Finanzierungskriterium nicht mehr erscheint. Die entsprechenden Projekte bzw. Maßnahmen sind anderen Schwerpunkten zugeordnet worden, die eine geschlechtsspezifische Differenzierung nicht mehr enthalten, wie z.B. Stadtteil, Familie, Beratung, usw. Andernorts wurden bereits Frauengremien aufgelöst - wie z.B. im Landesjugendring NRW² - und wurde versucht, die Verabschiedung mädchenpolitischer Leitlinien mit der Begründung zu verhindern, jungenpolitische Leitlinien müßten gleichzeitig verabschiedet werden: „Makaber ist, wenn – wie einige Frauen berichteten – die Verabschiedung mädchenpolitischer Leitlinien verhindert wird mit dem Argument,

zunächst müssen jungenpolitische Leitlinien erarbeitet werden, dann könne man beides im Paket verabschieden, aber dieser Arbeitsprozeß sei leider noch nicht in Gang gekommen. Man könne da nicht anders, denn jetzt herrsche Gendermainstream“ (Struck 2001, S. 43).

Handlungsbedarf für Mädchenarbeit im Rahmen des Gendermainstreaming

„Wenn die Institution der Frauenbeauftragten in Frage gestellt wird, wenn Mittel für die Mädchenarbeit gekürzt werden, wenn Jungen- und Männerarbeit plötzlich aus Förderprogrammen für Mädchen- und Frauenprojekte gefördert werden, wenn Frauenprojekte gestrichen werden, dann ist das mit dem Gendermainstreaming-Ansatz in keiner Weise vereinbar“ (Stiegler 2001, S. 71).

Es kann offenbar gar nicht oft genug betont werden, daß Gendermainstreaming Mädchen- und Frauenförderung ergänzen soll, jedoch nicht ersetzen darf: „Spezifische Frauenförderpolitik und Gendermainstreaming sind zwei unterschiedliche Strategien für die Erreichung derselben Zielsetzung, nämlich der Gleichstellung von Frauen und Männern. Beide Strategien sind zur Zielerreichung notwendig und ergänzen sich gegenseitig, sie können sich nicht ersetzen“ (www.bmsfsj, S. 2). Mückenberger und Tondorf (2000) machen in ihrem Papier zur Umsetzung des Gendermainstreaming in den Handlungsfeldern der Landesverwaltung in Niedersachsen deutlich, daß darüber hinaus Gleichstellungspolitik die Basis für Gendermainstreaming ist.

Gendermainstreaming soll geschlechtsspezifischen, auf Chancengleichheit hinzielenden Ansätzen Nachdruck verschaffen und damit ihre Effektivität erhöhen. Diese Auffassung findet sich auch in den Empfehlungen der AGJ (Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe) zur Umsetzung des Gendermainstreaming im Kinder- und Jugendplan des Bundes: „... wird die Forderung nach Gendermainstreaming und die Hervorhebung der Notwendigkeit geschlechterdifferenzierenden Zugänge bei allen aus

² Laut einer Information von Ulrike Werthmanns-Reppekus auf einem Workshop des Deutschen Jugendinstituts am 28.6.2002 in München

dem KJP (Kinder- und Jugendplan des Bundes) geförderten Maßnahmen als eine Aufgabe von besonderer Bedeutung verankert. Damit findet auch eine alte Forderung der Fachkräfte der Jugendhilfe, Mädchenarbeit als eigenständigen Handlungsansatz und als Querschnittsaufgabe zu begreifen, expliziten Eingang in die Bundesförderung der Kinder- und Jugendhilfe“ (in: BAJ 2001, S. 56). Diese Position der AGJ reflektiert den Hintergrund der Geschlechterhierarchie, die es abzubauen gilt, solange sie reproduziert wird „durch Sozialisation, durch Gewalt, durch Institutionen, durch Rechtsprechung und Gesetze, durch die Verweigerung von Ressourcen, durch eine Vielzahl von Ungleichheitsstrukturen und patriarchal geprägten Organisationsformen“ (ebd.).

Im Gegensatz zu dieser Aufnahme des Gendermainstreaming-Konzeptes ganz im Sinne des Amsterdamer Vertrages steht allerdings die oben erwähnte reale Streichung des Mädchen-Förderungsprogramms im KJP als politische Entscheidung auf der Bundesebene (s. o.).

Alle Maßnahmen, die unter Berufung auf Gender-Mainstreaming andere Ziele als die Gleichstellung der Geschlechter auf der Basis der gegenwärtig noch vorfindlichen Hierarchie und in Ergänzung von Mädchen- und Frauenförderung anstreben, widersprechen dem politischen Anliegen, das zur Einführung des Gendermainstreaming als europäische Leitlinie geführt hat (vgl. Amsterdamer Vertrag bei Mückenberger/Tondorf 2000, S. 5).

Auch Michael Drogand-Strud (2001) von der Heimvolkshochschule Frille warnt vor „mißbräuchlicher Interpretation des Gendermainstreaming“ (ebd., S. 27), wenn unter Berufung auf dieses Konzept die Notwendigkeit geschlechtsspezifischer Arbeit mit dem Argument ignoriert werde, daß geschlechtsbewußtes Handeln ohnehin für alle Bereiche vorgeschrieben sei und alle Angebote beiden Geschlechtern gleichermaßen zugänglich sein müßten: „Mit dieser Argumentationsschiene können alle geschlechtshomogenen Angebote als konträr zum Gendermainstreaming eingeordnet

werden, sofern sie nicht rein kompensatorisch einen Ausgleich schaffen“ (ebd.). Er stellt weiter fest, daß die Formulierungen zum Gendermainstreaming in der europäischen Richtlinie das Geschlechterverhältnis nicht beschreiben und somit die bestehende Hierarchisierung unbenannt bleibt. Ohne Benennung der Ausgangssituation im hierarchischen Geschlechterverhältnis bleibt das Ziel des Gendermainstreaming nicht nur unklar, sondern ist es auch beliebig zu füllen, wie das Stuttgarter Beispiel zeigt, in dem die Auflösung der Gleichstellungsstelle als Weiterentwicklung der Gleichstellungspolitik dargestellt wird (Die.) Willkürlichkeit und Beliebigkeit der Anwendung des Gendermainstreaming-Konzeptes kritisieren auch Maria Bitzan und Claudia Daigler (2001): „Je nach Interessen und gesellschaftlichem Standort wird das Konzept ... sehr unterschiedlich, zum Teil gegenläufig, interpretiert und umgesetzt. Eine Abschaffung sämtlicher Mädchen- und Frauenförderstrukturen mit der Begründung, deren Ziele jetzt in Regelstrukturen umzusetzen, ließe sich genauso als Konsequenz ableiten, wie eine besonders üppige Ausstattung dieser Strukturen, damit sie mehr Einfluß in alle zentralen Verwaltungsbereiche erhalten“ (ebd., S. 218).

Erst die Benennung des hierarchischen Geschlechterverhältnisses macht augenfällig, daß spezifische Maßnahmen zur Gleichstellung in der Mädchen- und Frauenförderung weiterhin notwendig, ja die Basis für das Gendermainstreaming sind. „Wir erleben alltäglich die Konstruktion der Sichtweise einer Normalität, die sich am Männlichen ausrichtet und gleichzeitig auch im Hinblick auf die gesellschaftlichen Vorgaben an Mädchen und Jungen immer wieder „Männlichkeit“ und „Weiblichkeit“ produziert“ (Drogand-Strud, 2001, S. 28).

Dieser gravierende Mangel in der Richtlinie zum Gendermainstreaming muß in der Praxis durch die explizite Beschreibung der Geschlechterhierarchie und der Maßnahmen, die mithilfe der neuen Richtlinie

zu ihrer Auflösung führen sollen, aufgehoben werden. Hier scheint besonders hohe Wachsamkeit und Genauigkeit erforderlich zu sein und damit die Notwendigkeit der Einmischung derjenigen Praxis, die über Gender-Kompetenz durch langjährige geschlechtsspezifische Arbeit verfügen, denn „die Folge einer fehlenden Klarheit über die Ursachen des Geschlechterdualismus können in der Konsequenz letztendlich eine Verschleierung der realen Verhältnisse und eine Blockierung der hierarchiekritischen Kräfte bewirken“ (ebd.). Eine rein formale, rein quantitative Gleichstellung der Geschlechter, würde z.B. nicht hinreichen, Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen, solange sowohl im Selbstverständnis der Gesellschaft und der bestehenden Geschlechterrollen als auch in der Selbstsicht von Frauen und Männern eine reale Gleichheit hinsichtlich Geltung, Macht und Durchsetzungsfähigkeit nicht gegeben ist.

Auch Gerrit Kaschuba und Helga Huber vom Tübinger Institut für frauenpolitische Sozialforschung äußern auf dem Hintergrund der Widerstände, die Mädchenspezifische Ansätze in der Jugendhilfe nach wie vor erfahren, die Befürchtung, daß „mit Gendermainstreaming eine willkommene Gelegenheit gegeben (sein könnte), unliebsame Ansätze der Frauen- und Mädchenarbeit abzuschaffen“ (Kaschuba/Huber 2002, S. 20). Daher plädieren auch sie für einen offensiven Umgang mit dem Konzept durch das Einbringen der Erfahrungen geschlechterdifferenzierender Praxis und Forschung, denn „diese stellen eine tragfähige Basis dar, um eigenständige Ansätze der Mädchenarbeit, aber auch koedukative Angebote, die Geschlechterverhältnisse berücksichtigen, systematischer weiter zu verfolgen und durch Gendermainstreaming abzusichern“ (ebd., S. 21).

Sie sehen die Chance gerade darin, die bereits bestehenden Ansätze geschlechterhomogener Arbeit nicht mehr als Zusatzangebot oder als Sonderprojekt zu betrachten, sondern sie nun zu institutionalisieren und strukturell zu verankern. Dies setzt

allerdings voraus, daß im Rahmen des Gendermainstreaming die vielfältigen Erfahrungen in der Mädchenarbeit und ihre Pionierrolle für eine geschlechtergerechte Jugendhilfe anerkannt werden.

Die in der Mädchen- und Frauenarbeit engagierten Frauen sind aufgerufen, den Prozeß der Umsetzung der Richtlinie aufmerksam verfolgen, ihre Erfahrungen zu vermitteln, offensiv einzubringen und einzugreifen, wenn sich mißbräuchliche Entwicklungen andeuten. Kontrolle und Steuerung des Gendermainstreaming-Prozesses sind in der europäischen Richtlinie nicht festgelegt, Sanktionsmaßnahmen für mißbräuchliche Auslegungen nicht vorgesehen. Die Umsetzung ist als politische Strategie den Kommunen vorbehalten und kann von diesen auch eigenmächtig interpretiert werden (vgl. Liebe 2001). Daher ist es unabdingbar, daß die in geschlechtsspezifischen Ansätzen erfahrene Fachbasis entsprechende Kontrolle ausübt.

Die Umsetzung der europäischen Richtlinie stellt zunächst ja nur sicher, „daß Entscheidungen im Hinblick auf die Kategorie Geschlecht überprüft werden und geklärt wird, wer dafür zuständig ist, sie beantwortet jedoch nicht die Frage, wie die Herstellung der Chancengleichheit zu erreichen ist“ (Sammet 2002, S. 26). Die inhaltliche Vorgehensweise muß jeweils ausgehandelt werden, erfordert also Gestaltung und Beteiligung der erfahrenen Praxis. Wo diese nicht beteiligt wird, sondern Entscheidungen auf den Verwaltungsebenen fallen (s. Stuttgart) unter Ausgrenzung der zur Geschlechterfrage bisher am stärksten ausgewiesenen Mädchen- und Frauenfachbasis, liegt bereits eine mißbräuchliche Anwendung des Gendermainstreaming vor (vgl. Stiegler 2000).

Erwähnte Literatur

Bitzan, Maria/Daigler, Claudia: Eigensinn und Einmischung. Einführung in Grundlagen und Perspektiven parteilicher Mädchenarbeit. Weinheim und München 2001
Blickhäuser, Angelika: Gender – Trainings – ein Instrument zum Erwerb von Ge-

schlechterkompetenz, in: BzGA-Forum 4/2001, S. 14-17

Brommer, Sabine: Neue Perspektiven in der Geschlechterpolitik? In: ajs-informationen 1/2002, S. 4-8

Drogand-Strud, Michael: Braucht die Jugendhilfe Gendermainstreaming? Eine Auseinandersetzung mit einem Strategiekonzept und ein Schlaglicht auf die Jungenarbeit, in: Informationsdienst der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung 4/2001, S. 25-31

Elfter Kinder- und Jugendbericht, hsg. Vom Bundesministerium für Frauen, Senioren, Familie und Jugend, Berlin 2002

Heiliger, Anita: Grundsätze feministischer Mädchenpolitik, in: Heiliger, Anita/Tina Kuhne(Hrsg.): Feministische Mädchenpolitik, München 1993, S. 20-31

Kaschuba, Gerrit/Helga Huber: Gendermainstreaming – Chance oder Risiko für die Mädchenarbeit?, in: ajs-informationen 1/2002, S. 20-25

Liebe, Martina: Gender Mainstreaming in der Jugendarbeit. Bewertung eines frauenpolitischen Instruments aus jugendpolitischer Sicht, in: SPI (Hg.) a.a.O., S. 95-108

Meyer, Dorit: Mädchenarbeit. Eine Problemskizze, in: SPI Berlin (Hg.): Neue Maßstäbe. Mädchen in der Jugendhilfeplanung, Berlin 1999

Meyer, Dorit/Gerlinde Seidenspinner: Mädchenarbeit. Plädoyer für einen Paradigmenwechsel, in: 50 Jahre AGJ, Jubiläumsband, 1999, S. 58-71

Mückenberger, Ulrich, Karin Tondorf: Das Konzept des GM. In: Niedersächsisches Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales: GM, Informationen und Impulse, Hannover 2000.

Oechsle, Mechthild/Geissler Birgit (Hg.): Die ungleiche Gleichheit. Junge Frauen und der Wandel im Geschlechterverhältnis, Opladen 1998

Oechsle, Mechthild: Ungelöste Widersprüche: Leitbilder für die Lebensführung von Frauen, in: Oechsle/Geissler, a.a.O., S. 185-200

Sammet, Ulrike: Gendermainstreaming – endlich Antrieb für die Mädchenarbeit?, in: ajs-informationen 1/2002, S. 26

Schweikert, Birgit: Die Umsetzung von Gendermainstreaming auf Bundesebene – aktueller Stand und Planungen. Manuskript des BMFSFJ, Ref. 401, vom 12.3.2002

Schweikert, Birgit: Die Umsetzung von Gendermainstreaming auf Bundesebene – Hintergrund, aktueller Stand und Planungen, in: BzGA Forum 4/2001, S. 9-13

Stiegler, Barbara: Wie Gender in den Mainstream kommt. Konzepte, Argumente und Praxisbeispiele zur EU-Strategie des Gendermainstreaming, Hg. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2000

Stiegler, Barbara: Wenn Gender das Mädchen schluckt – Gendermainstreaming und die Mädchenarbeit, in: Forum Erziehungshilfen, 7. Jg. 2001, Heft 2, S. 68 – 73

Struck, Norbert: Gerner-Mainstreaming – neue Herausforderung zur Lösung alter Probleme der Kinder- und Jugendhilfe, in: Forum Jugendhilfe3/2001, S. 42-44

•• *Dieser Text ist ein Auszug aus dem neuen Buch: Anita Heiliger: Mädchenarbeit im Gendermainstream, München 2002, Verlag Frauenoffensive*

Auf daß uns der Gender-Komet nicht auf den Kopf falle

**- Eine kritische Auseinandersetzung mit
Gendermainstreaming -**

- Marietta Schneider, Wien-

Ein neuer Stern ist am frauen/politischen Himmel aufgetaucht: Je nach geographischer Lage sah/sieht frau ihn früher oder später. Mein Fernrohr ist seit drei Jahren auf diese „neue“ Himmelserscheinung namens „GM“ präzise eingestellt, mein Beobachtungsort ist in der links-feministischen Hemisphäre angesiedelt. Meine Beurteilung und Meinung zum Phänomen Gendermainstreaming speist sich aus mehreren Quellen: ich war die erste Konzeptentwicklerin und Umsetzerin von GM in einem österreichischen Bundesland, setze mich mit einem weiten Radius theoretisch damit auseinander und verbinde die Auseinandersetzungsergebnisse kontinuierlich mit der aktuellen real-

politischen Situation in Österreich, mit der frauenpolitischen Entwicklung der vergangenen 30 Jahre in unserem Land und mit unseren/meinigen feministischen Kämpfen.

Eine weitere Denk- und Analyseverbindung ist mir für meine Beurteilung wichtig: der sogenannte „Sieg“ des kapitalistischen Systems, genannt Neoliberalismus.

Herr Wolfenson, Präsident der WTO (WorldTradeOrganisation) kann sagen: „Ich verstehe ja die Not und das Leid in vielen Regionen der Welt, jedoch wir haben unsere Regeln...“ Genauso kann der österreichische Frauenminister Herr Haupt sagen: „Ich verstehe ja die Anliegen der Frauen, jedoch die Männer als Opfer sind benachteiligt.“ Beide Zitate sind Ausdruck des diskreten Charmes des Neoliberalismus. Gut beraten durch Kommunikationsexperten und „think tanks“ wird vordergründig auf die kritischen Sektoren der sogenannten Zivilgesellschaft reagiert, gar nicht mal so hintergründig wird das gegenteilige Konzept ganz einfach durchgeführt.

Viele Entscheidungen der österreichischen konservativ-reaktionären Regierung werden entgegen der Praxis bisherigen sozialdemokratischen Regierens nicht einmal mehr scheinbar diskutiert, sondern ganz einfach verordnet. Der Kontakt zu kritischen Teilen der Zivilgesellschaft ist nicht nur im frauenpolitischen Bereich, aber gerade auch dort, abgeschnitten, ist nicht mehr von Belang. Dies ist in Umrissen die politische Landschaft, in der die österreichischen Ministerratsbeschlüsse zu GM vom Juli 2000 und April 2002 beheimatet sind und kritisch zu sichten sind.

Mainstreaming Gender kann die Verhältnisse, die Geschlechterverhältnisse sichtbar machen, muß es aber nicht. In diesem „kann, muß aber nicht“ liegt der Haken. Daß das Handwerk des Genderns die Verhältnisse transparenter und dadurch erkennbarer macht, hat Voraussetzungen, die heute weder national noch international gegeben sind. Eine unter mehreren Voraussetzungen für die Um- und Durchsetzung von GM ist das geschichtlich-

politische Wissen um die faktische Ungleichheit der Verhältnisse zwischen Frauen und Männern. Dies kann ein PolitikerIn/UnternehmerIn wissen, muß er/sie aber nicht, das macht ihn/sie zu einer ausgezeichneten Verkäuferin des Produkts GM im Rahmen der politisch-wirtschaftlichen PR (PublicRelation).

Vor nicht allzu langer Zeit war Veränderung durch gesetzliche Maßnahmen ein mit Einschränkungen taugliches Instrument institutioneller Frauenpolitik. Heute werden die politischen Verhältnisse zunehmend mittels Management-Techniken gesteuert.

Gendermainstreaming ist eine Spielart des quasipolitischen Handels durch managen in Österreich und auf EU-Ebene.

Gendermainstreaming wird als ein Teil einer Doppelstrategie verkauft, in dieser Verkaufsstrategie blitzt wieder das „kann, muß aber nicht“ auf. Man/frau addiere zu GM einfach die Frauenförderung dazu, und die Gleichstellung ist geschafft.

Dieser Ansatz der Doppelstrategie ist denkerisch und politikgeschichtlich falsch: In der Frauenförderpolitik im Kontext der repräsentativen Demokratie sind die Kämpfe und Auseinandersetzungen der Zweiten Frauenbewegung, widersprüchlich zwar aber doch, eingeschrieben. Wird diesem strukturkonservativen und langsamen Prozeß nun Top-Down ein Mix von Managementtechniken zur Seite gestellt, dient dies der Verschleierung, aber nicht der Veränderung der Verhältnisse.

Handwerklich genaues Arbeiten in Sachen GM setzt voraus, daß ein genauer Befund erhoben wird, wie es um die Umsetzung und die Wirksamkeit bestehender Gleichstellungsinstrumente im Verlauf der vergangenen Jahre bestellt ist, worin die Gründe liegen, daß seit zwanzig Jahren nur sehr langsam sich die Verhältnisse zugunsten der Frauen verändern. (Österreich hat seit 1979 ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft und seit 1989 eines für den öffentlichen Dienst).

Würde auch heißen, daß langjährig tätige Frauenbeauftragte und Gleichstellungsbeauftragte ihre Erfahrungen zusammentra-

gen und kritisch auswerten. Wenn diese handwerkliche Genauigkeit nicht erkennbar ist, liegt der Verdacht nahe, daß es keinen politischen Willen zur Verbesserung der negativen Frauenquoten gibt.

Um meine Meinung und Einschätzung zu konkretisieren, stelle ich nun die Fallen im Zusammenhang mit GM dar:

.....wenn frau/man ungeschichtlich an dieses Werkzeug herangeht

GM ist die Beschreibung eines strategischen Vorgehens mit einer vagen Zielbestimmung: Verbesserung der Chancengleichheit. Abgesehen davon, daß „Chancengleichheit“ der schwächste Politikbegriff im Kontext der Gleichberechtigungsauseinandersetzung ist, kann die Verbesserung sehr unterschiedlich verstanden werden, je nach Interessenslage. Daß GM rückzubinden ist an die dritte Weltfrauenkonferenz 1985 in Nairobi, mag Feministinnen gesichertes Wissen sein, den meisten AkteurInnen in diesem Feld ist das jedoch völlig egal. Beunruhigend ist, daß zunehmend auch langjährig tätige Akteurinnen institutioneller Frauenpolitik ihre eigene Geschichte „vergessen“ und mit glänzenden Augen auf den vorbeiglühenden Gender-Kometen blicken.

.....wenn frau/man frauenpolitisch blind an die Anwendung des GM geht

GM strukturell durchdacht und durchgearbeitet braucht gute und durchsetzungsfähige Frauenstrukturen, sei dies nun in einer Gewerkschaft, in einer Landesregierung oder in einem Unternehmen. Als ein Beispiel unter anderen: Eine kritische Gruppierung der Zivilgesellschaft in Österreich hat sich vor einem Jahr ein sehr ambitioniertes GM-Leitbild gegeben, der Vorstand ist rein männlich, die Frauen sind als Zuarbeiterinnen gelitten und verfügen über das kleinste Budget. Das kommt frau doch verdammt bekannt vor. Ähnlich ist die Situation in den Gewerkschaften einzuschätzen, soweit überblickbar, sind die meist lediglich formal vorhandenen Frauenstrukturen jetzt doppelt gefordert.

Die Gewerkschaften in Österreich sind konservative ArbeitnehmerInneninteressenvertretungen und beispielhafte Männerbastionen. Die Frauengremien und Frauenstrukturen in den Gewerkschaften sind seit jeher institutionspolitisch schwach verankert und haben kleinste Budgets, die sie nicht autonom verwalten können.

Das heißt, daß eine qualifizierte innerinstitutionelle Vertretung von Fraueninteressen immer vom Good-will der Männerleitung abgehängt ist und abhängt. Die Gewerkschaft der Privatangestellten ist in Österreich der reformorientierteste Zweig unter den Gewerkschaften, sie nahm z.B. einen prominenten Platz im Kampf um die 35-Stunden-Woche ein. Ihre Frauenstruktur hat sich sofort des GM-Ansatzes angenommen und es erst einmal Frauen-Mainstreaming genannt. Es ist ihnen gelungen, das GM in das Leitbild der Gewerkschaft der Privatangestellten einzubringen. Leider ist es ihnen weder gelungen, die bestehende Frauenstruktur institutionell zu festigen und ressourcenmäßig besser auszustatten, noch verbunden mit dem Leitbildprozeß die Voraussetzungen für die Umsetzung von GM festzulegen und mit den dafür nötigen Ressourcen zu versehen.

Dieser „Verschnitt“ ist prototypisch für ähnliche Verläufe in anderen Institutionen: Frauenstrukturen kämpfen um ihr Überleben, indem sie den quasi-neuen Ansatz des GM zu den bestehenden Aufgaben hinzunehmen und all das in struktur-ungenauer und ressourcen-schmalere Ausführung.

Im gewerkschaftlichen Politikfeld sind viele Umbrüche im Gang, unter anderem beginnt in Österreich jener Prozeß, der in der BRD durch ver.di schon abgeschlossen ist: Zwei große Gewerkschaften haben schon den Beschluß des Zusammenlegens der Strukturen gefaßt, die anderen werden dem folgen. Strukturbereinigung wird dies euphemistisch genannt, es ist zu befürchten, daß dieser unternehmerischen Abschlankungsprozessen sehr ähnliche Prozeß nicht unbedingt zur Festigung und

Verbesserung der Frauenstrukturen führen wird.

.....wenn GM in der administrativ-technischen Zerbröselung stecken bleibt

Das Wesen von Bürokratien/Administrationen ist es u.a., komplexe Aufgabenstellungen in handhabbare kleine/kleinste Schächtelchen zu packen, zu zerteilen, zu verteilen und damit den Gesamtzusammenhang einer Sachfrage aufzulösen. GM könnte ein Anker sein, das Ganze der Geschlechterverhältnisse in den Blick zu nehmen. Dadurch würde dieser vage strategische Ansatz politisiert. Das ist der zentrale Zusammenhang, weshalb GM weder den EU-Bürokraten noch den nationalen Administratoren überlassen werden darf.

Der bewertende Blick auf den aktuellen Stand der bundes- wie auch länderpolitischen Umsetzung von GM zeigt ein heterogenes Bild. Es gibt weder klare und umfassende Beschlüsse in den jeweiligen Landtagen, noch einen Beschluß der Bundesregierung, der den ganzen Aktionsradius von GM benennt und mittels Durchführungsbestimmungen konkretisiert.

Dies würde einen grundlegend anderen frauenpolitischen Entwurf voraussetzen, als ihn die konservativ-reaktionäre österreichische Regierung hat. In der handwerklichen Ungenauigkeit der Umsetzung von GM spiegelt sich die spezifisch konservative politische Willensbildung: An den unterschiedlichsten Ecken wird ein GM-Pilot-Projekt installiert, nicht weil die Beachtung der Geschlechterverhältnisse eine Selbstverständlichkeit kompetent professionellen Handelns ist, sondern weil es günstig ist, die konservative Frauenpolitik und deren Auswirkungen mit EU-gesteuerten Piloten zu verschleiern.

.....wenn frau/man sich vom Glamour des Management-Sprechs blenden läßt

Die allerorten fragilen Frauenstrukturen machen die Akteurinnen müde und hilflos. Das macht anfällig für „schicke Lösungen“ effizienter Steuerung. Als eine solche „schicke Lösung im Managementgewand“

kommt der GM-Ansatz im wachsenden Markt der „GenderTrainerInnen“ daher. Mich selbst in diesem Markt bewegend, bin ich permanent gefordert, meinen eigensinnigen Standpunkt sprachlich zu präzisieren.

Aus meiner Sicht ist Gender-Kompetenz ein zentraler Bereich politischer Bildung, die niederschwellig angesiedelt möglichst kostengünstig viele Akteure und Akteurinnen abrufen können sollen. Meine Auseinandersetzung mit den Entwicklungen im Management-Bereich reicht weiter zurück und war immer vom Erkenntnisinteresse gespeist, den „Feind“ qualifiziert kritisieren zu können.

Management-Sprache hat sich die letzten Jahre zunehmend angereichert mit Begriffen aus der Psychoszene und ist u.a. auch dadurch ein ausgezeichnetes Instrument der Manipulation. Manipulation geht nur auf, wenn Steuerungsinteressen verdeckt und verschleiert werden, hievon ist die benutzte Sprache eines von mehreren Elementen.

„Gender-Profit“ nennt sich eine Angebotspalette auf dem aktuellen Gender-Markt. Angeboten werden ein Methoden-Mix von NLP, humanistischer Psychologie, systemischen Ansätzen zusammengehalten durch die Klammer „Gendermanagement“. Gender-Profit suggeriert, ein Reengineering durch hurtig durchgezogene Gender-Beratungen und Trainings rechne sich. Dem halte ich entgegen, daß ein gründlicher Analyseprozeß in Sachen Geschlechterverhältnisse in einem Unternehmen oder einer Organisation zuerst einmal kostet, sowohl Zeit wie auch Geld. Öffentliche Verwaltungen wie Unternehmen sind strikt hierarchisch aufgebaut, trotz Lean Management in öffentlichen wie unternehmerischen Strukturen. Die allerorten feststellbaren Organisationsumbrüche sind real keine Biotope für mehr Geschlechtergerechtigkeit, sosehr dies theoretisch immer wieder in Aussicht gestellt wird.

.....wenn es keine klaren und verbindlichen Rahmenbedingungen gibt

Bisher sind auf allen Ebenen, wo GM-Beschlüsse gefaßt wurden, sei dies nun in der Gewerkschaft, in der Bundesregierung oder in den nationalen Strukturen der EU-Förderpolitik, keine gründlich gearbeiteten Ablaufplanungen und karge Ressourcenzuteilung vorzufinden. Eine klare Ablaufplanung verzahnt mit einer Ressourcenzuteilung sind Routineabläufe in behördlichem wie unternehmerischem Handeln. Fehlen diese, ist die Sache nicht ernst gemeint. Zunehmend zeichnet sich auch ab, daß nicht nur Mittel für Frauenstrukturen eingespart werden, sondern auch Mittel für die Verstärkung der Gleichstellungsbemühungen durch GM.

.....wenn die Beschäftigung mit dem Werkzeug längerfristig bei den Frauen hängen bleibt

Die noch vorhandenen Frauenstrukturen institutioneller Politik sind im besten Fall „Kompetenzentren“ im Zusammenhang mit GM, jedoch nicht mehr, aber auch nicht weniger. Im Moment sind in Österreich alle Frauenbüros der Bundesländer zuständig für GM, oder genauer beschrieben: sie haben sich zuständig gemacht. Ich vermute, daß dies aus Angstbewältigung geschehen ist.

Repressive Eingriffe in die schmalen Handlungsräume von landespolitischen Frauenbüros haben in den vergangenen zwei Jahren konservativ-reaktionären Regierens in Österreich deutlich gemacht, daß Frauenbüros von heute auf morgen nicht mehr sein können. Dies macht aber das handwerkliche Mißverständnis nicht besser, das garantiert höchstens, daß trotz Mehrarbeit nicht mehr Ehr und Einfluß herauschauen.

Wenn GM im besten Fall die ergänzend-verstärkende Strategie zur Durchsetzung aller gleichstellungspolitischen Maßnahmen ist, dann hat die Entscheidung und Verantwortung dafür tatsächlich auf höchster politischer Ebene verankert zu sein, z.B. als Stabstelle des Bundeskanzlers oder des Landeshauptmanns. So könnte eine Beauftragung der Frauenbüros und Gleichstellungsbeauftragten mit Gewicht

und guter Ressourcenaustattung möglich werden. Dies zu fordern setzt Konfliktbereitschaft und permanente Machtanalyse voraus. Dies sind aber Fähigkeiten, die in den verfilzten realpolitischen Verhältnissen keine guten Entwicklungschancen haben.

.....wenn keine Verbindung zwischen prekären Gleichstellungsstrukturen und der aktuellen Tendenz der „Verschlangung des Staates“ hergestellt wird.

Der öffentliche Dienst war mit Einschränkung bisher jener Beschäftigungssektor, der Frauen mehr Möglichkeiten der beruflichen Entwicklung anbot als die sogenannte Privatwirtschaft. (in Österreich auch zahlenmäßig erhoben und verifiziert). Verwaltungsreform unter dem Segel „Lean Management“ heißt Stellenabbau, die österreichische Bundesregierung hat die Zielzahl festgelegt: 15.000 Dienstposten sollen in den nächsten zwei Jahren eingespart werden.

Nicht nur, daß die Anzahl der Arbeitsplätze markant schrumpft, steht auch das innerbetriebliche Klima unter solchen Vorzeichen auf Sturm, eine schlechte Voraussetzung für die an sich schon zähen innerbehördlichen Aushandlungsprozesse in Sachen Gleichstellung. Die Instrumente zur Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes sind noch nicht in der Routine des Verwaltungshandelns angelangt, die damit verbundene Datenerfassung und Datenauswertung noch immer ein sehr mühsames Geschäft. Schwer vorstellbar, daß da auch noch komplexe Gender-Controlling-Prozeduren Platz finden werden. Handwerklich schließen Gender-Controlling-Prozeduren nahtlos an Frauenförderungsprozeduren an und sind in ihrem Gelingen abhängig von ihrer Vorgängerin.

Denkend und analysierend die bestehenden Verhältnisse permanent ins Visier zu nehmen, kann frau vor einem Splitter des Gender-Kometen schützen, muß es aber nicht. Entwickelte politische Handlungsfähigkeit und gemeinsames Handeln kann in die Bahn des Kometen eingreifen.

Abschließend möchte ich die für mich zentralen Indikatoren für einen gelingenden GM-Prozeß nennen. Erst wenn sich an der weltweiten „Frauenquote“ erkennbar etwas ändert, kann frau von einem wirk-samen GM-Prozeß sprechen: 65% Arbeit, 10% Bezahlung, 1% Besitz

Gendermainstreaming- Rückenwind für die Mädchenarbeit

Presseerklärung der Landesarbeitsgemein-schaft Mädchenarbeit in NRW e.V.

Gendermainstreaming bedeutet, alle politi-schen Entscheidungen in ihren konkreten Auswirkungen auf Frauen und Männer zu prüfen.

Mädchenarbeit bedeutet, in der Jugendhil-fe, in Schule, Sport und Kultur, die Inte-ressen von Mädchen in den Blick zu neh-men. Mit mädchenspezifischen Angebo-ten, wie Mädchentreffs, Selbstbehauptung, Theaterprojekten, Freizeiten/„Wilden Wo-chen“ oder Berufsorientierungskursen, wird der lange nicht beachteten Jungenori-entierung pädagogischer Programme ent-gegengesteuert und so eine geschlechter-gerechtere Arbeit erreicht.

Gendermainstreaming in der Jugendhilfe begründet Mädchenarbeit.

Mädchenarbeit ist erfahren und geübt, Gendermainstreaming umzusetzen.

Dies ist das selbstbewußte Fazit der 30 Teilnehmerinnen der Theorie-Praxis-Werkstatt „Gendermainstreaming: Geschlechtsspezifik als Querschnittsauf-gabe“ am 10./11. Juni 2002 in Frille.

Die Veranstaltung war eine Kooperation zwischen der Landesarbeitsgemeinschaft Mädchenarbeit in NRW e.V. und der Heimvolkshochschule „Alte Molkerei Frille“ in Petershagen.

Die „Werkstatt“ hatte das Ziel, die Taug-lichkeit von Gendermainstreaming als Werkzeug für den Ausbau von Mädchenarbeit zu prüfen, da es aktuell allerseits als Schlagwort benutzt wird - mal um Frauen- und Mädchenpolitik nun für überflüssig zu erklären und mal, um es als Zauberformel zur Lösung der Geschlechterfrage zu be-schwören.

So einfach ist es nicht! Gendermainstreaming muß *getan* werden!

- Gendermainstreaming ist eine Errun-genschaft der Frauenpolitik. Es ist das Ergebnis der Weltfrauenkonferenz in Peking, deren Forderungen die EU als Richtlinie für die Berücksichtigung der Geschlechterperspektive in allen Poli-tikfeldern im Amsterdamer Vertrag von 1999 für alle Mitgliedsstaaten verbindlich macht.
- Gendermainstreaming arbeitet nach dem „Top Down“ Prinzip, d.h. z.B. die kommunale Amtsleitung verfügt eine geschlechtsdifferenzierte Jugendhilfe-planung. 100 000,- Euro für eine Half-Pipe dürften dann nicht ohne weiteres bewilligt werden, es sei denn, es gäbe ein geschlechtsbezogenes Konzept, nach dem Mädchen und Jungen glei-chermaßen von dem Projekt profitieren.
- Gendermainstreaming ist eine ge-schlechtsspezifische Gesamtperspekti-ve, d.h. es umfaßt die Beteiligung von Frauen **und** Männern. Für die Jugend-hilfe bedeutet dies neben der struktu-rellen Verankerung von Mädchenar-beit, den Aufbau einer reflektierten Jungenarbeit.

Der Landesjugendplan, das zentrale För-derinstrument der Jugendhilfe in NRW, ist im Hinblick auf Gendermainstreaming bereits ein positives Beispiel. Dort ist ge-schlechtsspezifische Arbeit, d.h. Mäd-chenarbeit und Jungenarbeit als Quer-schnittsaufgabe aller Handlungsfelder und als Förderposition für besondere Projekte festgeschrieben. Finanzielle Kürzungen würden diese in einem langen Prozeß er-arbeitete Qualifizierung zunichte machen. Als Netzwerk von über 90 Trägern, Ar-beitskreisen und Fachfrauen der Mädchenarbeit wird die LAG Mädchenarbeit in NRW e.V. ihre Kompetenzen künftig ver-stärkt in Gendermainstreaming Prozesse einbringen. Für Fachfrauen bietet die LAG Mädchenarbeit die Vernetzung zu Fragen von Gendermainstreaming an.

18.6.2002

Kontakt und Information:

LAG Mädchenarbeit in NRW e.V., fon 0521.139594

lag@maedchenarbeit-nrw.de
www.maedchenarbeit-nrw.de

Institut für Gender Perspektiven, HVHS
 „Alte Molkerei Frille“, fon 05702.9771
info@hvhs-frille.de
www.hvhs-frille.de

Themen

Bundestagswahl 2002: Wahlprüfsteine

Welche weiß schon, was wir dieses Jahr mit der Wahl machen sollen. Welche Partei ist überhaupt noch wählbar? Einige FrauenLesben haben versucht, anhand von Wahlprüfsteinen die Bereitschaft der Parteien, auf die Interessen von Lesben und anderen Frauen einzugehen, zu testen. Dies wird uns zwar die Wahl vermutlich nicht erleichtern, aber doch kann es uns noch einmal vor Augen führen, welche Forderungen wir haben und wie wenig davon politisch umgesetzt wird.

1. Lesbische Wahlprüfsteine

Parteien antworten auf lesbische Wahlprüfsteine. Alle im Bundestag vertretenen Parteien haben auf die Wahlprüfsteine geantwortet und zeigen so, daß sie lesbische Frauen als Wählerinnen nicht länger ignorieren können. Die Antworten sind nachlesbar unter www.frankfurt.gayweb.de/hessisch-lesbisch. Die Wahlprüfsteine wurden von den lesbischen Landesnetzwerken aus Brandenburg, Hessen und NRW sowie dem bundesweiten Lesbenring erarbeitet.

Sie umfassen Fragen zur Asyl-, Einwanderungs-, Familien-, Beschäftigungs-, Gesundheits- und Antidiskriminierungspolitik. Sie sind die ersten, die die besondere Situation lesbischer Frauen in dieser Gesellschaft in den Mittelpunkt rücken.

Während sich die großen bürgerlichen Parteien SPD und CDU mit dem mageren Verweis auf die Schaffung der Eingetra-

genen Lebenspartnerschaft oder das Parteiprogramm begnügten, vielen die Antworten der übrigen Parteien, FDP, PDS und Grüne reichhaltiger aus.

Wahlprüfsteine des Lesbenrings e.V. und der lesbischen Landesnetzwerke Brandenburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen

Wahlprüfstein Asyl- und Einwanderungspolitik

unter dem Aspekt der sexuellen Identität
 Der Lesbenring und die lesbischen Landesnetzwerke erwarten von allen Beteiligten, daß sie das sensible Thema Zuwanderung nicht durch Polarisierung und Emotionalisierung machtpolitisch nutzen. Fremdenfeindlichkeit und Rassismus würden geschürt bis hin zur Gefährdung von Leib und Leben ausländischer und „ausländisch aussehender“ MitbürgerInnen. Das Ziel muß aber ein weltoffenes, von demokratischen und humanitären Grundwerten geleitetes Deutschland sein.

Die Lesbeninitiativen weisen seit langem auf folgende Mißstände hin:

- Geschlechtsspezifische Verfolgungsgründe werden nur unzureichend erkannt.
- Eine nicht-staatliche Verfolgung aufgrund von sexueller Identität als Asylgrund wird nicht anerkannt.
- Staatliche Verfolgung aufgrund der sexuellen Identität ist als Asylgrund nicht anerkannt.
- Ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für lesbische Frauen ist nur unzureichend möglich.

Die Lesbeninitiativen fordern:

- Eine geschlechtergerechte sowie eine die sexuelle Identität berücksichtigende Asylpolitik
- Die Anerkennung geschlechtsspezifischer Verfolgung und die Anerkennung der Verfolgung aufgrund von sexueller Identität
- Ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für lesbische Frauen unabhängig von Form

und Dauer ihrer partnerschaftlichen Bindung in Deutschland

- Angemessene Regelungen des Familiennachzugs

Fragen:

Setzen Sie sich für eine Asyl- und Einwanderungspolitik ein, die sexuelle Identität und eine Verfolgung aufgrund des weiblichen Geschlechts als Flucht- und Migrationsgrund anerkennt?

Setzen Sie sich dafür ein, lesbische Frauen und schwule Männer ein unabhängiges Aufenthaltsrecht erhalten?

Wahlprüfstein gerechte Familienpolitik

unter Einbezug der sexuellen Identität

In der gegenwärtigen Familienpolitik steht die traditionelle heterosexuelle Kernfamilie im Vordergrund:

Vater-Mutter-Kind. Vor allem westdeutsche Mütter gehen in der Zeit der Kindererziehung selten einer Erwerbstätigkeit nach. Die gegenwärtige Familienpolitik hat es nicht leisten können, eine Vereinbarkeit von Kindern und Beruf herzustellen. Familienpolitik schließt des Weiteren in der Regel andere Familienkonstellationen, zum Beispiel lesbische Mütter, alleinerziehende Mütter, Patchwork-Familien aus.

Die Lesbeninitiativen weisen seit langem auf folgende Mißstände hin:

- Es wird nur eine bestimmte partnerschaftliche Bindung rechtlich anerkannt (Eingetragene Lebenspartnerschaft)
- Gleichgeschlechtliche verpartnerte Paare werden gegenüber verheirateten heterosexuellen Paaren im Erb-, Einkommens- und Steuerrecht benachteiligt
- Gleichgeschlechtliche Paare haben kein Adoptionsrecht
- Die heimische künstliche Befruchtung ist in Deutschland verboten, sofern sie nicht von einem Arzt durchgeführt wird
- In Deutschland haben lesbischen Frauen keine legalen Möglichkeiten, auf artifizielle Insemination zurückgreifen zu können

Die Lesbeninitiativen fordern:

- Eine umfassende rechtliche Absicherung jeglicher Formen von Verantwortungsgemeinschaften

- Abschaffung des Ehegattensplittings

- Kostenlose Kindertagesstätten

- Abschaffung des nahehelichen Unterhalts auch bei der ELP

- Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare

- Legalisierung der künstlichen Befruchtung zu Hause

Fragen:

- Setzen Sie sich für das Adoptionsrecht für lesbische und schwule Verantwortungsgemeinschaften ein?

- Setzen Sie sich für die Möglichkeit der künstlichen Befruchtung für lesbische Frauen ein?

- Setzen Sie sich für die Abschaffung des Ehegattensplittings ein?

- Setzen Sie sich für kostenlose Kinderbetreuung ein?

- Setzen Sie sich für die rechtliche Gleichstellung aller Formen von Verantwortungsgemeinschaften ein?

Wahlprüfstein Beschäftigungspolitik

unter Einbezug der sexuellen Identität

Lesbische Frauen erleben in der Berufswelt nicht nur eine Benachteiligung aufgrund ihres biologischen Geschlechts, sondern auch aufgrund ihrer sexuellen Identität.

Die Lesbeninitiativen weisen seit längerem auf folgende Mißstände hin:

- Lesben erleben Diskriminierung und Gewalt am Arbeitsplatz aufgrund ihrer sexuellen Identität.

- Deutsche Wirtschaftsunternehmen stellt sich einer „Politik der Verschiedenheit“ (Diversity management nach dem Vorbild der USA), entgegen, die eine Diskriminierung aufgrund u.a. der sexuellen Identität entgegenwirkt. Die deutsche Wirtschaft stellt sich der Durchsetzung eines Antidiskriminierungsgesetzes entgegen, weil sie ihre grundrechtlich gesicherte Vertragsfreiheit eingeschränkt sieht.

- In den öffentlichen Verwaltungen gibt es kaum Fortbildungsangebote für MitarbeiterInnen zu dem Thema Homosexualität

Die Lesbeninitiativen fordern:

- Zügige und weitreichende Umsetzung der EU Richtlinie 2000/78/EG des Rates zur Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf
- Flächendeckende Einsetzung von Antidiskriminierungsstellen, die u.a. die sexuelle Identität aufnehmen
- Wirksames Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft
- Die Förderung von Selbstverpflichtungen/Betriebs- und Dienstvereinbarungen von Unternehmen, die einer Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität entgegenwirken.
- Förderungen von Fortbildungen in der Verwaltung zu dem Thema Homosexualität
- Aufnahme des Themas Homosexualität in die Curricula der Verwaltungsfachhochschulen

Fragen:

- Setzen Sie sich für ein umfassendes Antidiskriminierungsgesetz ein, das über zivilrechtliche und arbeitsrechtliche Regelungen hinausgeht?
- Setzen Sie sich für Selbstverpflichtungserklärungen in der Privatwirtschaft und in der öffentlichen Verwaltung ein?

Wahlprüfstein Gesundheitspolitik

unter Einbezug der sexuellen Identität.

Lesbische Frauen sind in der medizinischen und medizinsoziologischen Versorgung bisher vernachlässigt worden. Wissenschaft und Praxis orientieren sich vor allem an Männern unabhängig von ihrer sexuellen Identität und an heterosexuellen Frauen. Das trägt wesentlich dazu bei, daß in der Medizin das Problemfeld der gesundheitlichen Folgen von Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität nicht thematisiert wird. Ebenso wenig werden die gesundheitlichen Folgen von Gewalt in gleichgeschlechtlichen Beziehungen thematisiert. Dieser Mißstand führt dazu, daß

keine angemessene medizinische und psychosoziale Versorgung lesbischer Frauen gewährleistet ist.

Die Lesbeninitiativen weisen seit langem auf folgende Mißstände hin:

- es gibt keine Untersuchungen zu den gesundheitlichen Folgen von Diskriminierung und Gewalt aufgrund der sexuellen Identität.
- -ÄrztInnen und Andere im Gesundheitswesen betrachten die sexuelle Orientierung zwar nicht mehr als Krankheit, blenden diese Lebensform jedoch in ihrem Alltagswissen aus.
- Die gesundheitlichen Folgen von häuslicher Gewalt in gleichgeschlechtlichen Beziehungen werden nicht thematisiert.

Die Lesbeninitiativen fordern:

- Aufnahme des Themas sexuelle Identität in den Gesundheitsbericht der Bundesregierung
- Förderung wissenschaftlicher Untersuchungen zu den gesundheitlichen Folgen von Diskriminierung unter Einbezug von Mehrfachdiskriminierung.
- Die Bereitstellung adäquater medizinischer und psychosozialer Versorgungsstrukturen für lesbische Frauen.

Fragen:

- Inwiefern setzen Sie sich für die Aufnahme der psychosexuellen Identität in den Gesundheitsbericht der Bundesregierung ein?
- Was tun Sie in der Gesundheitspolitik dafür, daß den Lebensumständen von Frauen im allgemeinen und den Lebensumständen lesbischer Frauen im besonderen Rechnung getragen wird?

Wahlprüfstein: Aktive Antidiskriminierungspolitik

Inzwischen gibt es in Deutschland ein gesellschaftliches Klima, in dem Diskriminierungen kritischer betrachtet werden. Es gibt jedoch keine aktive Antidiskriminierungspolitik, wie sie beispielsweise in den Niederlanden üblich ist.

Die Lesbeninitiativen weisen auf folgende Mißstände hin:

- Nach wie vor gibt es keine finanzielle Entschädigung für die in der NS-Zeit verfolgten Lesben und Schwulen
- Es gibt kein umfassendes Antidiskriminierungsgesetz
- In Deutschland gibt es rechtlich gesehen nur zwei Geschlechter: männlich und weiblich. - Intersexuelle Menschen werden gegen ihren Willen/Wunsch in ein technisch machbares Geschlecht gezwungen ohne Einbezug ihrer psychischen Geschlechtlichkeit.
- Transsexuelle können nicht frei wählen, inwiefern sie ihre Geschlechtlichkeit verändern können, für die
- Namensänderung ist nach wie vor eine Geschlechtsoperation unabdingbar.
- Nicht verpartnerte lesbische und schwule Partnerschaften werden nicht vom Staat anerkannt.

Die Lesbeninitiativen fordern:

- Ein umfassendes Antidiskriminierungsgesetz, welches über das Zivilrecht und Arbeitsrecht hinausgeht
- Reform des Transsexuellengesetzes
- Reform des Intersexuellengesetzes
- Rechtliche Anerkennung aller Formen von Verantwortungsgemeinschaften

Fragen:

- Setzen Sie sich für die Anerkennung aller Formen von Verantwortungsgemeinschaften ein?
- In welcher Weise setzen Sie sich für eine Reform des Transsexuellengesetzes ein?

2. Allgemeinere frauenpolitische Wahlprüfsteine

Angelehnt an die Wahlprüfsteine der „überparteilichen Fraueninitiative Berlin-Stadt der Frauen“ für die Abgeordnetenhauswahl in Berlin 2001

Gleichberechtigte Partizipation von Frauen an politischen Entscheidungsfunktionen und Inhalten:

- Verfügt die Partei über gender-sensible Instrumente, Anreiz- bzw. Sanktionsmechanismen?
- Welche Zielvorgaben bestehen, Frauen auch in der Regierung bzw. im Parlament gleichberechtigt an der Macht und an Führungspositionen (z.B. als Senatorinnen, als Staatssekretärinnen, als Fraktionsvorsitzende, als Vorsitzende bzw. Sprecherinnen von Kommissionen, Ausschüssen, Gremien, etc.) zu beteiligen?-
- Setzt sich die Partei für den Fortbestand eines eigenständigen Ressorts Frauen und eine Senatorin für Frauen ein?
- Frauenpolitik, Frauenförderung, Gendermainstreaming als integrativer Bestandteil der Parteiprogrammatik
- Sind Frauenpolitik und Frauenförderung integrativer Bestandteil der Parteiprogrammatik?
- Hat die Partei einige Anstrengungen zur Implementierung und Umsetzung des Gendermainstreaming-Ansatzes für ihre eigene Organisation unternommen? Wie will sie in Regierungsverantwortung für eine zügige und umfassende Umsetzung dieser Reformstrategie aktiv wirksam werden?
- Erzeugen das Wahlprogramm bzw. die entsprechenden Wahlkampfmaterialien den Eindruck, daß dem politischen Ziel der Geschlechtergerechtigkeit eine hohe Wertschätzung beigemessen wird?
- Welche geschlechtsdifferenzierten Ziele und Maßnahmen werden im jeweiligen Wahlprogramm explizit erwähnt?
- Welche Maßnahmen in den unterschiedlichen Politikfeldern werden insbesondere den Wählerinnen zu Gute kommen?
- Wird deutlich, daß das Demokratieziel Geschlechtergerechtigkeit gerade angesichts der notwendigen Sparzwänge weiterhin gefördert wird und hierfür auch entsprechende finanzielle Vorkehrungen getroffen werden?
- Wie wird die Partei sichern, daß Nutznießung von Steuergeldern nachweislich

auch paritätisch zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitssituationen von Frauen verwendet wird?

- Ist eine Erweiterung der Kompetenzen und der personellen Ausstattung der Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten sowie der Frauenvertretungen geplant?
- Wie will die Partei sichern, daß künftig ein aussagekräftiges gender-sensibles Datenmaterial für alle Politikbereiche zur Verfügung gestellt wird?

Arbeits-, Sozial- und Gesundheitspolitik

- Welche konkreten Vorstellungen gibt es angesichts des schärfer werdenden Wettbewerbs, des Sparzwangs und Rationalisierungsdrucks zukunftsfähige Arbeitsplätze mit existenzsicherndem Einkommen für alle zu schaffen?
- Wie werden vorhandene Aus- und Fortbildungsangebote für Frauen nach der Familienphase bzw. für Frauen aus benachteiligten Verhältnissen künftig gesichert?
- Personenbezogene Dienstleistungsberufe werden in der Regel von Frauen ausgeübt. Welche Vorstellungen existieren zur Aufwertung dieser Berufe, einer zukunftssträchtigen Reform ihrer Ausbildungs- und Arbeitsstrukturen sowie der Verbesserung von Karriereverläufen und -chancen?
- Mit welchen Maßnahmen werden Mädchen und junge Frauen unterstützt, sich verstärkt in den zukunftssträchtigen Bereichen der Informations- und Kommunikationstechnologien, den Medienberufen, den modernisierten Fertigungstechnologien ausbilden zu lassen?
- Welche Strategien zur geschlechterdifferenzierten Reform von Ausbildungsstrukturen sind geplant?
- Welche Maßnahmen planen die Parteien, um für Frauen und Mädchen mit Behinderungen ein gleichberechtigter Zugang zu Ausbildungsplätzen und zum Arbeitsmarkt zu gewährleisten?

Anti-Gewalt-Politik

- Welche konkreten Vorhaben und Maßnahmen gibt es zur wirkungsvollen Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes bei der Polizei, Justiz und Verwaltung?
- Wie werden Frauen, die sog. „häusliche Gewalt“ durch ihren Partner erfahren habt, vor diesem wirkungsvoll geschützt?
- Wie wird Opfern „häuslicher Gewalt“ und anderer Formen von Männergewalt geholfen, die Verletzungen zu verarbeiten?
- Mit welchen konkreten Maßnahmen wird der internationale Frauenhandel und die Zwangsprostitution wirkungsvoll bekämpft?
- Welche Maßnahmen sind zur Prävention von Männergewalt gegen Mädchen und Frauen geplant?
- Welche Maßnahmen sind zur Prävention von sexuellem Mißbrauch an Kindern geplant?
- Zeigt die Partei eine klare Haltung zur sogenannten „Pädophilie“ als Straftatbestand?
- Wie werden Mädchen und Frauen konstant gestärkt gegen männliche Gewalt?
- Wieweit wird die Notwendigkeit einer Veränderung des Männlichkeitsbildes zur Gewaltprävention gesehen?

Wirtschafts- und Familienpolitik:

- Mit welchen Maßnahmen will die Partei die Initiative der Bundesregierung, Betriebsvereinbarungen zur Förderung von Frauen in der Privatwirtschaft auf freiwilliger Basis abzuschließen, fördern?
- Wie werden künftig wirtschaftsbezogene Mentorinnen-Projekte, geschlechtersensible Netzwerke und Organisationen gefördert?
- Mit welchen eigenständigen Maßnahmen will die Partei in der Regierungsverantwortung eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie mit dem Ziel der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern sichern?

- Mit welchen Zielvorgaben und konkreten Maßnahmen werden Existenzgründungsprogramme und die Förderung von weiblichen Selbständigen gender-sensibel ausgerichtet?
- Wie soll die Wirtschaft für neue Formen des Public-Private-Partnerships, für eine Beteiligung an der Finanzierung von Kultur, Bildung und ... gewonnen werden?

Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturpolitik

- Wie und bis wann wird das Ziel einer flächendeckenden qualitativ hochwertigen ganztägigen Betreuung der Kinder in den Bildungseinrichtungen umgesetzt werden?
- Mit welchen Maßnahmen soll erreicht werden, daß sowohl in der Struktur des Schulsystems als auch bei den vermittelten Inhalten moderne Rollenbilder gelebt und vermittelt werden? - Welche Unterstützung erhalten geschlechtsdifferenzierende Studien und Forschungen?
- Durch welche Zielvorgaben, Maßnahmen und Kontrollen soll gesichert werden, daß das hohe Qualifikationspotential von Frauen sich im wissenschaftlichen Personal der Hochschulen und Forschungseinrichtungen widerspiegelt?
- Welche Maßnahmen sind besonders geeignet, um den Frauenanteil an Führungspositionen (Professuren in Hochschulen und Leitungspersonal in Forschungseinrichtungen) zu erhöhen?
- Welche Maßnahmen werden ergriffen, damit bei der personellen Zusammensetzung von Gremien, ExpertInnenkommissionen und Hochschulkuratorien ein angemessener Frauenanteil gesichert wird? -
- Welche Vorstellungen gibt es, um die Reform der Personalstruktur, insbesondere die Einführung von Juniorprofessuren zur deutlichen Erhöhung der Frauenanteile bei den HochschullehrerInnen zu nutzen?
- Mit welchen konkreten Maßnahmen wollen die Parteien dafür sorgen, daß neben der "Hochkultur" auch die kleinen
- freien Träger der Kultur (einschließlich Archive und Bibliotheken) effizient arbeiten können? Migrations-, Asyl- und Integrationspolitik

- Mit welchen konkreten Maßnahmen beabsichtigt die Partei, eine eigenständige Lebensgrundlage und die Integration von Migrantinnen zu unterstützen?
- Welche Maßnahmen will die Partei ergreifen, um ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben von unterschiedlichen Kulturen zu erreichen? Gibt es aus ihrer Sicht eine "gemeinsame" Antwort auf die Fragen, die unterschiedliche Kulturen aufwerfen, z.B. in den Bereichen Kitas, Schulen, Sportplätze, Medien, Kunst, Kultur, Literatur, Ernährung, Kranken- und Altenpflege?
- Wie steht die Partei zur Quotierung für Migrantinnen in politischen Parteien, in Frauenprojekten und anderen relevanten öffentlichen Institutionen und Verbänden? Was hält sie von Migrantinnenbeauftragten in Bezirken mit hohem Migrantinnenanteil?
- Wie ist die Position der Partei zu frauenpolitischen Asylgründen und zum eigenständigen Aufenthaltsrecht?
- Wie großzügig will die Partei gesetzliche Spielräume nutzen, um von Gewalt bedrohten Frauen ein eigenständiges Aufenthaltsrecht zu geben?
- Welche Anstrengungen sind zu unternehmen, um auch den illegal lebenden Menschen ein würdevolles Leben zu ermöglichen?

Bürgerschaftliches Engagement

- Welche Ziele gibt es hinsichtlich der Verbesserung der Rahmenbedingungen für freiwillig Engagierte bzw. ehrenamtlich Tätige (Kostenerstattung, Aufwandsentschädigung, Qualifizierung in den Tätigkeiten der
- Freiwilligen, Anrechnung auf die Rente, Anerkennung im Erwerbsbereich, Freifahrt im ÖPNV, etc.)? Welche Maßnahmen sind geplant?
- Haben die Kandidaten und Kandidatinnen eigene Erfahrungen außerhalb ihrer Parteiarbeit mit freiwilliger (un-)bezahlter Arbeit z.B. in Einrichtungen des Sozialen, der Kultur, der Bildung, der Menschenrechtsgruppen, etc.?

Von der Lizenz zum Plündern zur Lizenz zum Töten
Der Zusammenhang zwischen globalem Freihandel und Krieg

- Maria Mies-

Vom 9.-13. November trafen sich die Wirtschaftsminister der 142 Mitgliedsländer der Welthandelsorganisation (WTO) in Doha (Katar) im Persischen Golf, um über eine weitere Runde der Liberalisierung des Welthandels zu beraten. Es ist eine Ironie der Geschichte, daß sich die WTO, die bei ihrem letzten Gipfeltreffen 1999 in Seattle (USA) ein Fiasko erlebte, sich nun ausgerechnet auf der Halbinsel Katar im Persischen Golf treffen will, aus Angst vor Protesten der Zivilgesellschaft. Wahrscheinlich fühlen sie sich sicherer dort, wo von amerikanischen Flugzeugträgern täglich Hunderte von

Bombeneinsätzen gegen das geschundene Land Afghanistan geflogen werden.

Wirtschaftsverhandlungen im Schatten von Bombern und Kampfhubschraubern. Der Krieg gegen den "weltweiten Terrorismus", der Kampf um die Erweiterung des globalen Freihandels, die Unterdrückung demokratischen Widerstandes gehören offenbar zusammen.

Seit Seattle ist dieser Widerstand zahlenmäßig und qualitativ weltweit gewachsen. Es gibt kein Gipfeltreffen der "global players" oder der unheiligen Trinität (wie ich sie nenne) Weltbank, IWF und WTO mehr, das nicht empfindlich gestört würde von einer wachsenden Zahl von Menschen, die den Glauben an die Versprechungen des konzerngesteuerten, globalen Freihandels verloren haben, die nicht wollen, daß die Welt zu einer Ware gemacht wird, daß der Profit wichtiger ist als die Umwelt und die Menschen.

Diese Versprechungen sind: Globaler Freihandel schafft Wachstum. Wachstum schafft Arbeitsplätze und Wohlstand für alle. Das ist die Voraussetzung für Gleichheit, Freiheit und Demokratie.

Wogegen richtet sich die GLOBALISIERUNG VON UNTEN (Mies 2001)?

Sie richtet sich zunächst gegen die Zerstörung demokratischer Strukturen, im eige-

nen Land und überall auf der Welt. Demokratie und globaler Freihandel sind wie Feuer und Wasser, sagte John Gray, ehemaliger Berater von Margaret Thatcher. Globaler Freihandel kann nur funktionieren, wenn er immunisiert wird gegen die Störungen durch demokratische Wahlvorgänge.

Ferner haben vor allem die Menschen im Süden festgestellt, daß die Versprechungen der Freihändler Betrug sind. Seit der Einführung der neoliberalen "Wirtschaftsreformen" (um 1990) ist nach den Berichten von UNO-Organisationen die Ungleichheit zwischen den Ländern und innerhalb der Länder größer geworden. Selbst die Weltbank gibt das zu. In den Ländern des Südens haben diese "Reformen" zu mehr Armut, mehr Hunger, mehr Arbeitslosigkeit, zu wirtschaftlicher Stagnation, mehr Krankheiten, mehr Analphabetentum geführt. Auch in den Ländern des Nordens gibt es heute mehr Arme als vor zehn Jahren.

Außerdem führt diese Politik zu größerer Rücksichtslosigkeit gegenüber der Umwelt. Vor allem die USA ignorieren internationale Umweltabkommen (s. Kyoto-Protokoll). Wichtig ist nur Wachstum und Sieg im internationalen Konkurrenzkampf.

Neben diesen negativen Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung wird zunehmend klar, daß die LIZENZ ZUM PLÜNDERN (Mies/v. Werlhof 1998) quasi notwendigerweise auch zur LIZENZ ZUM TÖTEN führt.

Die neoliberale Politik von WTO, IWF und Weltbank hat mit ihren Strukturanpassungsprogrammen überall im Süden zu Verarmung, Terror, Bürgerkrieg, Vertreibung und Flüchtlingselend geführt (Beispiele Mosambik, Burundi, u. a.) In Jugoslawien haben wir das selbe Muster auch in Europa erlebt. Die dann aufbrechenden Kriege zwischen Volksgruppen, die vorher relativ friedlich neben-miteinander gelebt haben, werden zu seit jeher bestehenden ethnischen/religiösen/kulturellen Todfeindschaften erklärt, die nur noch durch "humanitäre Intervention" d. h. Krieg durch die "zivilisierte Weltgemeinschaft"

befriedet werden können. Im Afghanistan-Krieg erleben wir das selbe Muster wieder. Hier ist es sogar ein Krieg der "zivilisierten Welt" gegen die Barbarei, vor allem des Islam.

Was die mit diesen neuen Kriegen einhergehende Kriegspropaganda systematisch verschweigt, sind die mit diesen neuen Kriegen einhergehenden ökonomischen Interessen der westlichen Länder. Nach dem Golfkrieg von 1991 schrieb die amerikanische Ökonomin Hazel Henderson "Krieg ist gut für die Wirtschaft". Krieg schaffe Arbeitsplätze. Der Golfkrieg habe die amerikanische Wirtschaft aus der Rezession der achtziger Jahre gezogen.

Die Wirtschaften der "Freien Welt" USA, EU, Kanada, Japan, stecken alle in einer tiefen Wirtschaftskrise, die der von 1929 ähnelt. Trotz aller Freihändlerei müssen die Wachstumsraten überall drastisch nach unten korrigiert werden. Solange der Kapitalismus existiert, hat er seine Wirtschaftskrisen durch Kriege zu lösen versucht.

Am 29. 10. konnte man in der FR lesen, das Pentagon habe den "größten Rüstungsauftrag aller Zeiten" an den Rüstungskonzern Lockheed Martin erteilt: 200 Milliarden US Dollar für den Bau von 3000 Superkampffjets.

Dieser Auftrag soll 30 Jahre dauern. Die FR jubelte: "In Nordtexas knallten die Sektpfropfen." Die Milliarden bedeuteten Arbeitsplätze, Kaufkraft und Prosperität, nicht nur für Kalifornien sondern für die USA als ganzes. Ich verstehe jetzt, warum Bush und seine Vasallen einen "langandauernden Krieg" brauchen. Krieg ist gut für die (westliche) Wirtschaft.

Diese neuen "entstaatlichten Kriege" (O-Ton Schily) sind die notwendige Folge der globalisierten Wirtschaft. Das ist bereits nachzulesen in der nach dem Kosovo-Krieg (1999) verabschiedeten neuen Nato-Strategie. Dort ist zu lesen, daß es in der globalisierten Welt um andere Kriegsziele gehen müsse als noch während der West-Ost-Konfrontation. Diese sind u. a. die **VERSORGUNGSSICHERHEIT** der Nato-Staaten und die **VERTEIDIGUNG WESTLICHER WERTE** gegen fundamen-

talistische Strömungen. Der fundamentalistische Islam wird schon als Feind genannt. In dem Weizsäcker-Papier der Bundeswehr werden auch schon die nächsten Konfliktherde genannt: die Golfregion, das Gebiet um das Kaspische Meer, die GUS-Staaten, Nordafrika (Neuber 2000). Alles Gebiete, an denen unsere "Versorgungssicherheit" hängt: unsere Ölversorgung.

Und was haben die WTO-Verhandlungen in Katar mit diesem neuen Krieg gegen den Terrorismus zu tun?

Maude Barlow, Direktorin des Council of Canadians, schreibt, daß die USA auf die Anti-Terrorismus-Koalition setzt, um auch ihre Agenda in der WTO durchzusetzen. Der US-Minister für Handel, Robert Zoellick, setzt die Unterstützung des globalen Freihandels und den Kampf gegen den Terrorismus auf die gleiche Stufe. Er erklärte, daß "der globale Freihandel die Werte fördert, die den Kern dieses langandauernden Kampfes ausmachen". Die USA dürften nicht von ihrer "globalen Verantwortung" zurücktreten. Das bedeute die Verteidigung des Freihandels gegen die terroristische Bedrohung und gegen die Opponenten gegen die Globalisierung (Barlow, Globe and Mail, 10. Oktober 01). Aus dieser neuen Orientierung erfolgte Ende Oktober eine neue Agenda für die Verhandlungen in Katar. Die USA haben, entsprechend ihrer Anti-Terror Allianz mit den Europäern, eine neue vereinigte Front mit der EU geschmiedet. Sie haben die Differenzen mit den Europäern auf die Seite geschoben (Landwirtschaft taucht daher in der Agenda nicht mehr auf). Sie versuchen, die Länder des Südens einzeln durch Geldangebote, Schuldenstreichungsversprechen, Aufhebung von Wirtschaftssanktionen (Pakistan), aus der Allianz der Länder des Südens herauszubringen.

Von 142 WTO-Mitgliedern sind 100 Länder des Südens. Diese Länder waren bislang strikt gegen eine neue "Runde". Sie verlangen, daß erst einmal die Ergebnisse der bisherigen Freihandelsabkommen untersucht werden, ehe eine neue Liberalisie-

rundrunde beginnen dürfe. Die Amerikaner argumentieren nun, wer sich der Allianz des "freien Westens" widersetze, stärke damit das Lager der Terroristen. Der deutsche Verteidigungsminister Herr Scharping sprach in seiner Pressekonferenz vom 6.11.01 sogar von einer neuen Frontlinie, auf der einen Seite die USA, Europa und auch Rußland (der "freie Westen") und auf der anderen die Länder des Südens.

Um diese Front wird es auch bei den WTO Verhandlungen in Katar gehen.

Literatur: Maria Mies: Globalisierung von unten. 2001 Rotbuch Verlag, öS 190,-

PISA-Studie

Sigrid Metz-Göckel sieht Fortschritte und Stagnation für Mädchen

„Nach Pisa ist ein Rückgriff auf "natürliche Interessen" von Jungen und Mädchen im Sinne von geschlechtsspezifischen Unterschieden nicht mehr legitimiert. Geschlechterdifferenzen erweisen sich im internationalen Vergleich nicht als geschlechtsspezifische Differenzen. In diesem Sinne leistet die Pisa-Studie eine glorreiche Aufklärung über soziale Geschlechter-Zuschreibungen...

Von einer Bildungsbenachteiligung der Mädchen in der Bundesrepublik, wie sie Helge Pross im Jahre 1969 beschrieb, ist nicht mehr auszugehen. Das 20. Jahrhundert war das Jahrhundert der Frauenbildung. In der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts haben die jungen Frauen noch einmal einen kräftigen Sprung nach vorn getan. Bei den 25-bis 34-jährigen Frauen ist laut Pisa-Ergebnissen der Anteil derjenigen mit einem Hochschulabschluß doppelt so hoch wie bei den 55 bis 64-jährigen und in 17 von 25 OECD-Ländern mit vergleichbaren Daten ist der Frauenanteil bei den Hochschulabschlüssen gleich hoch wie der der Männer oder etwas höher...

Die Bildungsexpansion bei den Frauen ist also unübersehbar und der Vorsprung der jungen Frauen in der Lesekompetenz und den höheren Bildungsabschlüssen ein Erfolg. Aber wem ist er zuzuschreiben? Der

erste Eindruck täuscht. Man kann die Pisa-Studie auch so lesen: es hat sich nichts verändert.

Zu diesem Fazit kann man kommen, wenn sich der Blick auf die inhaltlichen Interessen richtet, die junge Frauen und junge Männer fast unverändert voneinander trennen. Anders ausgedrückt: das deutsche Schulsystem leistet fast nichts im Hinblick darauf, die traditionelle Interessenpolarisierung zwischen den Geschlechtern aufzulösen. Das ist verblüffend und könnte unbemerkt bleiben, gäbe es nicht im europäischen Vergleich ganz andere Daten....

Der in fast allen Ländern beobachtbare erhebliche Vorsprung der Mädchen in der Lesekompetenz sowie die in vielen Ländern besseren Ergebnisse der Jungen in der mathematischen Grundbildung sind zum Teil auf den allgemeinen kulturellen Hintergrund beziehungsweise auf pädagogische Maßnahmen und Praktiken zurückzuführen."

Ausschnitte aus: Internationale Schulleistungsstudie PISA. Signifikante Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen, in: zwd Bildung/Wissenschaftl/Politik Nr. 09-10/2002

Stellungnahme des Kofra zur geplanten Streichung seiner Zuschüsse ab 2004

Schockiert haben wir die für uns völlig überraschende Nachricht aufgenommen, daß der städtische Zuschuß für Kofra ab 2004 komplett gestrichen werden soll. Bisher wurde uns und anderen Projekten von Frau Picard und Herrn Nüssel versichert, daß es insgesamt um 18% Einsparungen bis 2006 gehe, jedoch die Einsparungen durch alle ZuschußnehmerInnen zu erbringen sind und die Breite der Angebote in München erhalten bleiben soll. Hierauf haben wir unsere Planung abgestellt.

Die nunmehr von der Verwaltung vorgeschlagene komplette Streichung des Kofra ist uns von der Sache her völlig unverständlich. Das zeigt uns zum einen, wie wenig die Verwaltung über unsere Arbeit und Bedeutung weiß (was sich möglicherweise in der Verkürzung des Namens nur als Kommunikationszentrum für Frau-

en ausdrückt) und andererseits wie beliebig auch diese Rest-Kategorie in der Produktgruppe „aktivierende Angebote“ verortet wurde und die Angebote ja alle fast komplett beseitigt werden sollen. Aktivierende Arbeit wird von der Verwaltung in ihrer sozialpolitischen Bedeutung offenbar nicht verstanden. Und was die Arbeit des Kofra anbetrifft, scheint eine Darstellung notwendig.

Kofra ist ein Freiraum für alle Frauen zur Thematisierung von Fragen, die sie beschäftigen oder bedrücken und zur Erarbeitung von individuellen Lösungen und Veränderungsvorschlägen, die über die einzelne Person hinausweisen.

Kofra setzt an den Kompetenzen der Frauen an, die das Angebot aufsuchen und spricht sie nicht auf ihre Defizite, als Klientin, an. Es fördert deren Kreativität und Aktivität und fängt psychische Verunsicherungen, die durch Vereinzelung, Schuldzuschreibungen und Opferzuweisungen entstehen können, auf bzw. beugt ihnen vor.

Kofra versteht sich daher im Grundsatz als Projekt zur Aufrechterhaltung und Förderung psychischer und geistiger Gesundheit

und der Prävention von Depression, Verzweiflung, Entmutigung und Selbstaufgabe. Entsprechende Wirkungen werden von Nutzerinnen des Projektes immer wieder formuliert. Frauen suchen das Projekt auf, weil sie hier Verständnis, Solidarität und frauenspezifische Förderung erwarten.

Der inhaltliche Schwerpunkt des Kofra waren und sind Fragen der Erwerbsarbeit/des Berufes.

Kofra wird von den Frauen gezielt deswegen gesucht und genutzt als frauenspezifische Perspektive auf Arbeit und als frauenbezogener Rahmen. Sie suchen Unterstützung für Situationen oder Probleme, die an anderen Einrichtungen ausgeblendet bleiben.

Kofra ist das einzige Projekt in München, das umfassende Angebote zu Frau und Beruf macht.

Die berufliche Förderung bei Kofra umfaßt Beratungen, Seminare zu Existenzgründungen, Berufsentwicklung, Kurse und Bewerbungstrainings (z.B. „der Weg in den Beruf“, „Den Laden schmeissen“, Rhetoriktraining)– ergänzt durch Gruppenarbeit z.B. „Erfolgsteam“, Erwerbslosencafe oder themenbezogenes Arbeiten („Kollegiale Beratung“, „Feministische Strategien am Arbeitsplatz“, „Arbeitskreis Schule“), und die Diskussionsveranstaltungen, mit denen geäußerte Interessen der Frauen aufgegriffen und umgesetzt werden.

Einen zweiten Schwerpunkt hat Kofra zum Thema Gewalt gegen Frauen mit der Beteiligung an der „Münchner Kampagne Aktiv gegen Männergewalt“ aufgebaut.

Eine breite Vernetzung mit anderen Institutionen ist entstanden und hat Kofra bekannt gemacht als Ort

- der solidarischen Unterstützung bei Gewalt,
- einer politischen Perspektive, die auf die Beendigung der Gewalt abzielt und
- eines Empowerment-Ansatzes statt eines, der betroffene Frauen als Opfer festschreibt.

Das breite Angebot und die Offenheit von Kofra für die Themen der Nutzerinnen ermöglicht prinzipiell jeder Frau, ihre eigene Art der Nutzung zu finden, die beim offenen Zugang niedrigschwellig beginnt und sich auch höchsten Ansprüchen inhaltlicher Auseinandersetzungen stellen kann (Cafebereich, allgemeine Informationen und Orientierungen, Internet, spezialisierte Bibliothek und Videothek, Beratung, Bildung, wiss. Arbeiten, politische Aktionen, politische und fachspezifische Diskussionen, Projekte (z.B. an Schulen), Befragungen (z.B. Lesben und Arbeit, „Mütter klagen an“) Gruppenarbeit, Seminare, Kurse, Kontakte, Freundschaften, Kofra-Zeitung, WasWannWo für Frauen in München)

Kofra hat in seiner 19-jährigen Projektgeschichte:

- unzählige Frauen in der Umsetzung einer eigenständigen und erfolgreichen Berufs- und Lebensperspektive unterstützt
- eine Reihe von Projekten initiiert, von denen einige auch heute noch ein wichtiger Bestandteil der Fraueninfrastruktur sind (wie z.B. IMMA, Frauengesundheitszentrum, Amazonen Sportfrauen, Wildwasser)
- mehrere Publikationen herausgebracht zu: sexueller Belästigung am Arbeitsplatz, Feministischer Mädchenpolitik, Kampagnen und Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen international, die Dokumentation der Kampagne – ein 5. Buch ist in Planung („Mütter klagen an“)
- die große Kampagne „Aktiv gegen Männergewalt“ mitinitiiert und maßgeblich ihre Umsetzung ermöglicht und getragen und setzt dieses Engagement durch die Koordination des „Münchner Bündnisses Aktiv gegen Männergewalt“ mit dem „Runden Tisch gegen Männergewalt“, dem Rundbrief und diversen Veranstaltungen weiter fort

Kofra

- **ist bundesweit ein Begriff** nicht nur innerhalb der Frauenbewegung, sondern auch in zahlreichen Institutionen, Frauenbüros, Ministerien etc.
- trägt aktiv zur Vernetzung und übergreifenden Information bei durch das WasWannWo für Frauen, Die Kofra-Zeitschrift zu Feminismus und Arbeit, den Rundbrief des Bündnisses und das Bündnis selbst.

Kofra ist Ansprechpartnerin z.B. zur Zeit aktuell:

- für LehrerInnen zu Präventionsprojekten an Schulen (Ak Schule)
- für Mitarbeiterinnen im sozialen und therapeutischen Bereich zum Umgang mit Sexualstraftätern (AK Täterarbeit)

- für Mütter aus dem ganzen Bundesgebiet zu Problemen mit dem Sorge- und Umgangsrecht (AK „Mütter klagen an“) und auch für Fachfrauen, die mit betroffenen Frauen arbeiten.

Die gegenwärtige und zukünftige Praxis des Projektes.

Kofra sucht ständig nach neuen Handlungsansätzen und bemüht sich, neue Zielgruppen zu erreichen. Im Jahre 2002 wird z.B.

- die Arbeit mit Migrantinnen aufgebaut durch die erstmalige Einstellung einer Migrantin. Schwerpunkt ist die Arbeitsberatung
- der Stadtteilbezug hergestellt durch die Eröffnung eines Frauenstadtteilcafés
- ein Angebot für Schülerinnen entwickelt zur Förderung ihrer Berufsperspektive
- die Situation von Frauen im Alter zu einem neuen inhaltlichen Schwerpunkt
- ein neuer Ansatz mit erwerbslosen Frauen begonnen und über eine alternative Arbeitsvermittlung nachgedacht
- ein aktuelles Forum eingerichtet zur spontanen Diskussion tagespolitischer Ereignisse
- ein Konzept zur Integration gehörloser Frauen in das Projekt entwickelt.

Will München auf diesen breiten frauenpolitischen und schwerpunktmäßig erwerbsarbeitsbezogenen Ansatz in einem der renommiertesten Frauenprojekte der Stadt verzichten? Soll zurückgekehrt werden zur Festschreibung von Frauen als Opfer, Bittstellerinnen und Klientinnen? Dies kann auch und gerade nicht im Sinne des GenderMainstreaming sein, das die Frauenförderung ergänzen soll, aber nicht ersetzen darf.

Welche sich dem Protest anschließen will, bitte Anruf (089.2010450), Fax (089 – 2022747) oder mail (kofra-muenchen@t-online.de) ans Kofra mit Angabe von Name, Beruf und Adresse/Tel., email.

Oder Protest an:

Spd-rathaus@muenchen.de

Nachrichten

Nigerianische Frauen besetzen Ölbohr- turm und Ölfirma gibt nach.

Frauen haben in Nigeria eine Anlage der Ölfirma Chevron Texaco besetzt und halten die Arbeiter als Geiseln fest. Seit sieben Tagen haben die Frauen der nigerianischen Dörfer Ugborodo und Arutan eine Ölförderanlage der Firma Chevron Texaco besetzt. Die 500 Dorfbewohnerinnen wollen das Unternehmen zwingen, ihre Söhne als Arbeiter einzustellen und sich für die Entwicklung der Dörfer einzusetzen. In dem Werk halten sie auch ungefähr 500 Arbeiter gefangen, 22 ließen sie bald wieder frei.

Unauffällig hatten die Frauen am Montag begonnen, in das Werk einzuziehen. Nach kurzer Zeit hatten sie alle Zufahrten blockiert und die Ölförderung gestoppt. Die Geiseln halten sie mit der Drohung fest, daß sie sich vor ihnen nackt ausziehen. In Nigeria gilt das als große Schande für den, der zusieht. „Unsere Waffe ist unsere Nacktheit“, sagt Helen Odewoitse. Nach 10 Tagen teilte das US-Öl-Unternehmen Chevron Texaco mit, es wolle auf die Forderungen der Frauen eingehen. Chevron werde die Dörfer, die in der Nähe des Hafens liegen, finanziell unterstützen und den Menschen Arbeitsplätze anbieten, sagte ein örtlicher Vertreter der Ölfirma am Mittwoch in Lagos. „Wir sind froh, daß wir die Krise friedlich und durch Gespräche gelöst haben“, so der Sprecher. Mit dem Geld sollten Schulen und Geschäfte gefördert werden. Die Proteste auf vier weiteren seit Dienstag besetzten Ölförderanlagen gehen dagegen noch weiter. Die dortigen Frauen verlangen ähnliche Zugeständnisse wie die Frauen vom Ölhafen. Man werde auch ihnen Verhandlungen anbieten, sagte der Sprecher.

Alle Anlagen liegen im Niger-Delta, etwa 320 Kilometer von der Millionenstadt Lagos entfernt. Hier werden täglich 400.000 Barrel Öl gefördert.

womanticker.de, 17.7.2002

Gender Campus Switzerland

ist seit April 2002 auf dem Netz !

Gender Campus Switzerland ist eine zentrale Informations- und Kommunikationsplattform für Geschlechterforschung (Gender Studies) und für Gleichstellungsfragen an den Schweizer Hochschulen (Gender Equality). Gender Campus Switzerland bietet umfassende Informationen über wichtige Veranstaltungen, Ereignisse und Entwicklungen in den genannten Gebieten, stellt die wichtigen Institutionen vor, enthält eine ausgedehnte Linkliste und bietet Raum für Debatten und Kontroversen.

www.gendercampus.ch

Arbeiterinnen verdienen 2001 26 % weniger als Arbeiter

- Presseerklärung des Statistischen Bundesamtes vom 11.7.2002-

WIESBADEN – Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, verdienen in Deutschland die Arbeiterinnen durchschnittlich im Jahr 2001 im Produzierenden Gewerbe 26 %, die weiblichen Angestellten im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe 30 % weniger als ihre männlichen Kollegen.

Der Verdienstabstand der Frauen ging im früheren Bundesgebiet bei den Arbeitern von 43 % im Jahr 1957 auf 26 % und bei den Angestellten von 45 % auf 29 % im Jahr 2001 zurück. In den neuen Ländern verringerte sich der Verdienstabstand der Arbeiterinnen in den letzten zehn Jahren geringfügig von 25 % auf 23 %, bei den weiblichen Angestellten lag er 1991 und 2001 bei jeweils rund 25 %.

Untersuchungen haben ergeben, daß die Verdienstunterschiede von Männern und Frauen zu einem großen Teil auf unterschiedlichen Tätigkeiten – gemessen an ihrer Einstufung in Leistungsgruppen – und auf Unterschieden in der Wirtschaftszweizugehörigkeit beruhen. 2001 lassen sich im früheren Bundesgebiet 34 % des Verdienstabstands bei den Arbeitern und 43 % des Verdienstabstands bei den Angestellten durch die unterschiedliche Leis-

tungsgruppenstruktur, 9 % des Verdienstabstandes bei den Arbeitern und 12 % des Verdienstabstandes bei den Angestellten durch die unterschiedliche Wirtschaftszweigzugehörigkeit erklären. Weitere mögliche Erklärungsfaktoren wie Unterschiede im Alter, der Ausbildung oder der Dauer der Unternehmenszugehörigkeit können anhand des verfügbaren Materials nicht quantifiziert werden.

Diese und weitere Ergebnisse sind in "Wirtschaft und Statistik", Heft 5, 2002, unter dem Titel "Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen" veröffentlicht worden. Dieses Heft ist auch online im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes unter <http://www.destatis.de/shop> erhältlich

Mädchen lernen Gewalt in der Schule

Eine in Wien durchgeführte Langzeitstudie hat das Phänomen der Gewalt an Schulen untersucht. Ein Ergebnis: Sind Mädchen zu Beginn des Schuljahres noch weniger aggressiv als Burschen, so sind zum Ende hin keine Unterschiede mehr feststellbar. Bisher wurde die Gewalt an Schulen vor allem an Gymnasien und Hauptschulen erforscht. Wiener Psychologen widmen sich in einer Langzeitstudie einer großen Forschungslücke: der Gewalt an Berufsbildenden Mittleren Schulen, der Gewalt unter 15-19 Jährigen. Burschen wenden in der Schule vor allem physische Gewalt an, sie schlagen, treten hin, machen Dinge kaputt und nehmen anderen Schülern etwas weg. Beim Schimpfen und Streiten sind die Mädchen und Burschen gleich aggressiv. Nur in einem einzigen Punkt sind Mädchen den Burschen in ihrer Aggression überlegen – sie machen sich viel mehr über andere lustig als Burschen....

Mädchen lernen die physische Gewalt im Laufe eines Schuljahres, sie werden körperlich aggressiver, um sich verteidigen zu können, vermutet die Psychologin Atria.

Ulrike Schmitzer, ORF1, Wissenschaft

Gründerinnen langsam im Kommen

Aktuelle Untersuchung des Instituts für Mittelstandsforschung der Universität Mannheim weist auf steigende Zahl selbständiger Frauen hin. Immer mehr Frauen gründen ihr eigenes Unternehmen. Allein innerhalb der letzten zehn Jahre ist die Zahl selbständiger Frauen um 230.000 auf über eine Million gestiegen. Zwar machen sich absolut betrachtet immer noch mehr Männer als Frauen selbständig, doch prozentual hat die Zahl selbständiger Frauen seit 1991 um 30 % und die der Männer nur um 16 % zugenommen.

Dies sind erste Ergebnisse eines aktuellen Forschungsvorhabens über "Gründerinnen und selbständige Frauen in Deutschland". Die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Untersuchung führt das Institut für Mittelstandsforschung der Universität Mannheim (ifm) in Kooperation mit dem Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen durch. Dabei geht es allerdings nicht nur um Erklärungen für den Boom an Gründerinnen, sondern auch um die Frage, weshalb noch immer vergleichsweise weniger Frauen als Männer ein Unternehmen gründen und führen. Denn trotz der Gründungsaktivitäten der letzten Jahre ist die Selbständigenquote von Frauen mit knapp über 6 % nur halb so hoch wie die der Männer. Daher sehen die ifm-Wissenschaftler Dr. René Leicht und Maria Lauxen-Ulbrich noch erhebliche Gründungspotentiale bei den Frauen schlummern. Den Zuwachs an selbständigen Frauen führen die Wissenschaftler zum einen auf die insgesamt gestiegene Erwerbsbeteiligung von Frauen zurück. Zum anderen sei dabei auch gleichzeitig der Wunsch und möglicherweise auch der Druck gewachsen, auf eigene Rechnung zu arbeiten. Dies bedürfe noch genauerer Untersuchungen.

Geschlechtsunterschiede spielen beim Schritt in die Selbständigkeit keine geringe Rolle. Das ifm sucht die Nachteile unter anderem in den gegenüber Männern anderen familialen Ausgangsbedingungen, in den oft geringeren Ressourcen und in der Zugehörigkeit zu bestimmten Berufen,

die Frauen weniger Chancen für den Schritt in die Selbständigkeit eröffnen. Soweit Frauen jedoch gründen, bringen sie weniger Zeit für die Unternehmerintätigkeit auf als Männer. Auch daher sei das erzielte Einkommen nach den Befunden der ifm-Wissenschaftler geringer.

Die Tätigkeiten selbständiger Frauen orientieren sich stärker in Richtung persönlicher Dienstleistungen. Im Gegensatz zur Gesamtwirtschaft, wo Frauen nur knapp über ein Viertel (28 %) aller Selbständigen stellen, ist beispielsweise im Gesundheitsbereich jeder zweite Selbständige eine Frau. Hier sowie in den meisten anderen Dienstleistungsbereichen ist zudem auch der Zuwachs an selbständigen Frauen prozentual höher als bei den Männern. Dies trifft sogar auf die wirtschaftsnahen Dienstleistungen zu, die ansonsten eigentlich eher eine Männerdomäne bilden.

"Das `gender gap` bleibt auch bei Gründungsabsichten und Gründungsplänen noch bestehen; so haben nur 7 % der Frauen gegenüber 16 % der Männer den Wunsch, sich selbständig zu machen. In Familie, Schule, Berufsausbildung und Hochschule muß also noch an der Revision tradierter Verhaltensweisen gearbeitet werden", so ifm-Geschäftsführerin Dr. Birgit Buschmann.

Weiterführende Informationen zum Thema enthält die Studie "Entwicklung und Tätigkeitsprofil selbständiger Frauen in Deutschland", die als Veröffentlichung Nr. 46, 2002, des Instituts für Mittelstandsforschung der Universität Mannheim erscheint.

Nachricht der Universität Mannheim v. 29.7.2002

Noch mehr Mädchen in IT-Berufe

Frankfurt/M. 25.07.2002; Mentoring scheint das neue Geheimrezept zu sein, um das weibliche Geschlecht für IT-Berufe zu interessieren. Während Siemens ein Programm für Abiturientinnen aufgelegt hat, setzt IBM mit seinem Programm schon früher an.

Angesprochen werden sollen mit einem speziellen Mentoringprogramm Schülerin-

nen der Klassen neun bis zwölf an weiterführenden Schulen. Ziel ist es, den "weiblichen Nachwuchs für eine Zukunft in der IT-Branche (zu) ermutigen und auf(zu) zeigen, wie spannend und abwechslungsreich IT-Berufe sein können". Das Pilotprojekt unter dem Namen "MentorPlace" ist jetzt in Stuttgart und Mainz angelaufen und soll auf weitere Städte ausgeweitet werden. In Österreich und der Schweiz ist der Startschuß für September geplant.

Im Rahmen des Projekts soll jeweils einer Schülerin eine persönliche Mentorin zur Seite gestellt werden. Der Kontakt zwischen Mentorin und Mentee soll primär per E-Mail stattfinden. Das Projekt wird u.a. vom "deutschen ingenieurinnen bund" und der Initiative D21 unterstützt. Die wissenschaftliche Begleitung hat das Kompetenzzentrum Frauen in Informationsgesellschaft und Technologie in Bielefeld übernommen. (wt-san)

Frauen in technischen Berufen benachteiligt

Noch immer sind Frauen in den Studienfächern Maschinenbau, Elektrotechnik, Informatik, Architektur und Bauingenieurwesen eine Minderheit. Eine aktuelle Analyse des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg zeigt anhand von neuen Statistiken und Untersuchungen, daß die Berufsaussichten von Absolventinnen deutlich schlechter als die ihrer Studienkollegen sind.

Im Jahr 2000 lag in Deutschland der Frauenanteil unter den Absolventen in Ingenieur- und Informatikstudiengängen bei mageren 18 Prozent, in Spanien und Italien dagegen bei immerhin 27 Prozent, in Schweden und Irland bei 24 Prozent. Von den Berufstätigen mit einem akademischen Abschluß in Informatik, Maschinenbau, Elektrotechnik oder Architektur/Bauingenieurwesen waren im Jahr 2000 nur 13 Prozent Frauen.

Quelle: Computerwoche online 31.7.2002

Onlinedatenbank: Frauenrechte weltweit

Frankfurt/M. 23.07.2002; Seit mehr als sechs Jahren stellt die englischsprachige "Women's Human Rights Resources" Website Informationen zu Frauenrechten bereit, mit dem Ziel allen Frauen weltweit leichten Zugang zu den Infos zu verschaffen.

Herzstück des Onlineangebotes ist eine Datenbank, die seit kurzem eine Volltextrecherche bietet. Die Datenbank enthält zu den unterschiedlichsten Stichworten Artikel, Dokumente und Links, was sie zu einer wahren Fundgrube macht. Darüber hinaus gibt es weitere Informationen etwa zu "Frauen in Afghanistan" oder zum "Mindestheiratsalter von Mädchen". Die "Women's Human Rights Resources" Website wird von der Bora Laskin Law Library der Universität Toronto (Kanada) betrieben.(wt-san)

["Women's Human Rights Resources"](#)

Quelle: womenticker

Literatur

Mädchenarbeit im Gendermainstream

-Anita Heiliger-

In den Medien wurde in den vergangenen Jahren verstärkt die Auffassung transportiert, die neue Frauengeneration sei so selbstbewußt wie nie zuvor, zielstrebig, durchsetzungsfähig und leistungsbewußt. Die Gleichberechtigung sei daher erreicht und Mädchen bräuchten keine Förderung mehr, Mädchenspezifische Ansätze seien demzufolge überholt.

Die Auseinandersetzung mit diesen Thesen zeigt jedoch, daß nur ein sehr oberflächlicher Blick zu solchen generalisierten Aussagen kommen kann, daß vielmehr Mädchen und Frauen nach wie vor eine Reihe von gesellschaftlich produzierten Barrieren entgegenstehen, die Benachteiligungen, Abwertungen und Funktionalisierungen auf verschiedenen Ebenen aufrechterhalten: Einschränkungen in der Berufsausbildung, enges Berufswahlspektrum, geringere Chancen auf dem Arbeits-

markt, asymmetrische Verteilung auf Berufsbereiche, geringeres Lohnniveau, schlechtere Karriereaussichten, geringe Präsenz in Führungspositionen, Probleme der Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf, alltäglicher Sexismus und (sexualisierte) Gewalt... Es ist noch keineswegs gelungen, generell ein Bewußtsein gesellschaftlicher Benachteiligung und Diskriminierung von Mädchen und Frauen zu schaffen und es in allen institutionellen Bereichen umzusetzen. Jugendarbeit und Jugendhilfe z.B. gehen in weiten Bereichen ihren koedukativen Weg unbeirrt weiter, der Mädchen zu diversen Anpassungen, Verleugnungen und Retraumatisierungen zwingt.

Traditionelle Geschlechterverhältnisse werden in hohem Maße in den gesellschaftlichen Institutionen weiterhin stabilisiert. Das politische Konzept des Gendermainstreaming soll hier endlich Abhilfe schaffen und das Bewußtsein über geschlechtsspezifisches Denken und Handeln fördern, um Benachteiligungen sichtbar und dann abbaubar zu machen. Doch kann hierbei nicht auf einen mädchen- und frauenspezifischen Ansatz verzichtet werden, vielmehr ist er die Voraussetzung dafür, daß die Benachteiligungsstrukturen überhaupt thematisiert werden, um Gendermainstreaming zum Erfolg zu bringen. Diesen Zusammenhang möchte das Buch deutlich machen und einen Beitrag zur konsequenten Förderung von Mädchenarbeit im Gendermainstream leisten.

Verlag Frauenoffensive München 2002

Europaweiter Bericht:

„Frauen und Wissenschaft“

Die Unterrepräsentanz von Frauen in wissenschaftlichen Karrieren und damit der Verlust an Wissen und Fähigkeiten für die Forschung hat die Europäische Union 1999 veranlasst, einen Aktionsplan zur Gleichstellung in der Wissenschaft zu beschließen und eine Kommission zum Thema einzusetzen. Die sogenannte Helsinki-Gruppe hat nun ihren ersten Bericht zur Situation von „Frauen und Wissenschaft in Europa“ vorgelegt. Der Bericht

sowie eine Kurzfassung können von der Website

www.cordis.lu/improving/women/helsinki.htm herunter geladen werden. Sämtliche Länderberichte finden sich unter www.cordis.lu/improving/women/reports.htm

Partizipation und nachhaltige Entwicklung

Newsletter Nr.2 des Projektes mit dem Schwerpunkt zu „Gender Mainstreaming“. www.gap-europe.net

Termine

Kongress:

"Implementation of Gendermainstreaming in Europe - a Challenge for Political Education"

6.-8. September 2002, Leipzig

Gendermainstreaming ist eine Strategie zur nachhaltigen Förderung von Chancengleichheit für Frauen und Männer - bezogen auf sämtliche Ebenen politischer Prozesse und Maßnahmen. Die Umsetzung dieses Ansatzes für zukunftsfähige Entwicklung setzt sowohl das Wissen um die Entstehung des derzeitigen Geschlechterverhältnisses in der Gesellschaft voraus als auch das Bewußtsein für die Notwendigkeit seiner Veränderung durch individuelles und organisationales Lernen. Nur auf dieser Grundlage können künftig alle politischen Prozesse und Maßnahmen aus einer geschlechtersensiblen Perspektive heraus gestaltet werden. Deshalb bedarf der bislang top-down initiierte und organisierte Prozeß der Umsetzung von Gendermainstreaming eines umfassende, auf Nachhaltigkeit ausgerichteten bildungspolitischen Konzepts.

Der europäische Kongress bietet ein Forum, um auf nationaler wie europäischer Ebene den Diskurs über die politischen, wissenschaftlichen, bildungspolitischen wie bildungspraktischen Implikationen von Gendermainstreaming voran zu bringen und möchte die Implementierung durch politische Bildung befördern.

ReferentInnen:

Christine Bergmann, BMFSFJ, Berlin
 David Coyne, Europäische Kommission
 Mieke Verloo, Univ. Nijmegen, Niederlande
 Saski Sassen, Univ. Chicago
 Klaus Theweleit, Schriftsteller, BRD
 Lissy Gröner, Europäisches Parlament
 Renee Laviera, Min. f. Sozialpolitik, Malta
 Max Peschek, Dipl.-ing., BRD
 Simon Duncan, Univ. Bradford, England
 Fotini Sianou, Forschungszentrum f. Gleichberechtigung, Athen
 Simone Wisotzki, Hess. Stiftung f. Friedens- u. Konfliktforschung, BRD
 Paul Staham, Univ. Leeds, England
 Sibylle Krummacher, Forschungszentrum Jülich
 Jeff Hearn, Univ. Manchester, U.K.
 Grigoris Lazos, Panteion Univ., Athen
 Susanne Baer, Humboldt Univ. Berlin
 Michael Meuser, Köln
 Dorothee Alfermann, Univ. Leipzig
 Ivo Hartmann, Inst. voor Publiek en Politiek, Amsterdam
 Karin Derichs—Kunstmann, Univ. Bochum
 Christiane Weidel, Welt der NGOs, Wien
 Jo Groebel, Europ. Medieninstitut, BRD
 Ein Kongreß der Bundeszentrale für politische Bildung in Kooperation mit dem Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung der Universität Leipzig
 Anmeldeschluss ist der 15.8.2002. Programm und Anmeldeformular: www.bpb.de/veranstaltungen/html/gender_mainstreaming.html
Geschlechterkonstruktionen in Ost und West. Biografische Perspektiven
 19.9.-21.9.2002, Universität Greifswald

ReferentInnen:

Bettina Dausien: Geschlecht und Biografie
 Elena Zdravomyslova: Gendered Transformation
 Sylka Scholz: biograph. Konstruktion von Männlichkeit
 Christine Thon: Geschlechterverhältnis in Lebensgeschichten junger Frauen
 Nadja Lehmann: rumänisch-deutsche Migrationsbiografie

Kristina Reiss: Konstruktion von Geschlecht durch Sprache
 Eszter Zsofia: Erfahrungsgeschichte von Akkordarbeiterinnen in Ungarn
 Jutta Wergen: Konstruktionen westdeutscher Frauen in Männergerufen
 Heike Kahlert/Claudia Neu: Mutterschaft in Ost- und Westdeutschland
 Mechthild Bereswill: Zwischen Transformationsprozeß und Adoleszenzkrise
 Luise Fischer: „Da wurde nicht gefragt, ob Mann oder Frau“...
 Anke Delow: Weibliche Geschlechterkonstruktionen im ostdeutschen Vereins-sport
 Ute Gerhard: Die Feministische Nachwendedebatte...
 Myra Marx Ferree: Thinking globally, acting locally: East-West-German and American Feminism in the World System
 Weitere Infos: www.uni-greifswald.de
 Orga: Ingrid Miethe: miethe@uni-greifswald.de

**Geschlecht bewußt gemacht
 Seminar zur Konstruktion und De-
 konstruktion von "Geschlecht"**

4.10.2002 von 10.00 - 17.00 Uhr in Salzburg. Referentin: Gitta Mühlen-Achs, Uni München

In diesem Seminar werden wir gemeinsam feststellen, durch welches Verhalten, welche "Geschlechterzeichen" wir uns als Frauen und Männer darstellen; wir werden dann diese Zeichen und Muster unter Aspekten von Macht, Dominanz, Status und Hierarchie analysieren und abschließend Alternativen ausprobieren und diskutieren. Das Seminar wird in Zusammenarbeit mit dem Friedensbüro Salzburg angeboten. Anmeldung und nähere Informationen bei: make it - Büro für Mädchenförderung make-it@akzente.net

Kongreß: Gleichberechtigung, Verfassung und Verfassungswirklichkeit in Deutschland

Am 23. August 2002, im Berliner Abgeordnetenhaus, Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin

Vorträge:

Verfassungsrang und Verfassungswirklichkeit

Prof. Dr. Jutta Limbach, Präsidentin des Goethe-Instituts, Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts a. D.

Verfassungsanspruch und politische Realität

Bundesministerin Dr. Christine Bergmann

Verfassungsziel Gleichberechtigung - Medien und Gleichberechtigung

Ulrike Helwerth, Vorsitzende des Journalistinnenbundes, Pressesprecherin des Deutschen Frauenrats

Podiumsdiskussionen:

Gleichberechtigung - unaufhaltsame Annäherung an die Verfassungsziele? mit

Petra Bläss, MdB/PDS, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags

Monika Knoche MdB/Bündnis 90/Grüne

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger MdB/FDP

Mechthild Rawert, Berliner Bundestagskandidatin, SPD

Prof. Dr. Rita Süßmuth MdB/CDU

Verfassungsziel Gleichberechtigung - Gender Mainstreaming und Umsetzung in die praktische Landespolitik

mit den frauenpolitischen SprecherInnen der Parteien im Abgeordnetenhaus von Berlin:

Evrin Baba MdB/PDS

Dr. Sibyll Klotz MdB/Bündnis 90/Grüne

Sibylle Meister MdB/FDP

Ulrike Neumann MdB/SPD

René Stadtkewitz MdB/CDU

Veranstalterin: Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen

www.berlin-stadtderderfrauen.de

BISHERIGE SCHWERPUNKTE ab 1990:

Nr. 45/90 Frauen in der Architektur und Planung. Nr. 46/90 Instrument Frau - die politischen Machtverhältnisse um den §218. Nr.47/90 Weg mit dem §218. Nr.48/90 Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Nr. 49/90 Frauenforschung und Feminis-

mus. Nr. 50/91 Feministische Mädchenpolitik . Nr.51/91 Rassismus von Frauen. Nr.52/91 Autonomie. Nr.53/91 Prostitution als Beruf Nr.54/91 Rückschlag oder Zunder für die Frauenbewegung -Zur Vereinigung Deutschlands aus der Sicht der autonomen Frauenbewegung. Nr. 55/91 Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Nr. 56/92 Glück in Frauenprojekten? Nr. 57/92 Zur Akzeptanz der lesbischen Lebensweise. Nr. 58/92 Gewalt hat ein Geschlecht. Nr. 59/92 Beiträge zu Rechtsradikalismus und Rassismus, Nr.60/92 Lesben und heterosexuelle Frauen - Was uns trennt und was uns verbinden könnte, Nr. 61 /92 Entpolitisierung durch Identitätspolitik? Nr.62/93 Sexueller Mißbrauch von Kindern - Kinderschutz oder Täterschutz? Nr. 63/93 Frauenhandel - Heiratshandel - Prostitutionstourismus, Nr. 64/93 Gynäkologie unter feministischen Aspekten, Nr. 65/93 Erzwungenes gemeinsames Sorgerecht nach Scheidung: Rückschritt zu patriarchaler Bestimmungsmacht über Frauen und Kinder?, Nr. 66/93 Frauenstreik, Nr.67/94 Zur Kopftuchdiskussion, Nr.68/94 Feminismus gegen Rechtsextremismus - Rechtsextreme Tendenzen bei Mädchen und jungen Frauen und anti-rassistisches Potential feministischer Mädchenarbeit, Nr. 69/94 Sag ich's oder sag ich's nicht? Eine Befragung erwerbstätiger lesbischer Frauen über "offen" bzw. "nicht offen" leben. Nr. 70/94 Institutionalisierte Frauenpolitik am Ende?, Nr. 71 /95 Zehn Jahre 6. Jugendbericht: Was hat sich für Mädchen verändert? Nr.72/95 Die verhinderte Frau. Zur gesellschaftlichen Lage von Frauen mit Körper-Behinderungen. Nr, 73/95 Vergewaltigung in der Ehe. Zur Diskussion um die Reform des § 177, Nr. 74/95 Sexuelle Gewalt: männliche Sozialisation und potentielle Täterschaft, Nr. 75/95 Frauenfeindliche Rechtspraxis bei sexueller Gewalt. Nr. 76/95 Pornographie: - Konsum über Computernetze - aus der Sicht von Frauen, Nr. 77/96 "Männer kriegt den Hintern hoch" - eine kritische Betrachtung der Männerbewegung. Nr. 78/96, 13 Jahre autonome Projektarbeit. Nr. 79/96 Eigenständige berufliche Existenz.

Nr. 80/96 Die patriarchale Kultur: zu Struktur, Entstehung und Abbau. Nr. 81/96 Von der Emanzipation zum Management - Unternehmenspolitik in Frauenprojekten. Nr. 82/97 Kindesmißhandlungen im Internet/Männergewalt macht keine Männer. Nr. 83/84/97 Strategien gegen Gewalt im Geschlechterverhältnis - Was tun mit Tätern? - Zur Wirkung von Therapie und sozialer Kontrolle, Nr. 85/86/98 Männliche Gewalt gegen Mädchen und Frauen - Ist männliche Gewaltbereitschaft "natürlich"? - Auswirkungen sexueller Gewalt auf die Körper- und Bewegungsentwicklung von Mädchen und Frauen, Nr. 87/ 98 Gewalt gegen Mädchen und Frauen im Sport., Nr. 88/99 Männer gegen Männergewalt - Auf der Suche nach einer profeministischen Männerbewegung, Nr. 89/99 Gewalt gegen Frauen im Krieg, Nr. 90/99 Aktiv gegen Männergewalt. Konzept und Ergebnisse der Münchner Kampagne, Nr. 91/00 Zur Therapie von Sexualstraftätern, Nr. 92/00 Frauen und Militär, Nr. 93/00 Zwischen Täterschutz, Ohnmacht und Parteilichkeit, Nr. 94/01 Täterstrategien bei sexuellem Mißbrauch und Ansätze der Prävention, Nr. 95/01 Feministisches Handeln gegen Gewalt Nr. 96/02 Jungenarbeit als Männlichkeitskritik Nr. 97/02 Mädchen im öffentlichen Raum Nr. 98/02 Arbeitsverhältnisse im Kontext von „Diaspora, Exil, Migration“

Kofra

Kommunikationszentrum für Frauen zur Arbeits- und Lebenssituation e.V.

